bicc / Common Position Brief

12/2024

Bangladesch

Länderinformationen zu den Europäischen Kriterien für Rüstungsexporte

INHALT

ZUSAMMENFASSUNG **2**

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor **5**
Deutsche Rüstungsexporte 5
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland 8
Militärausgaben 10
Lokale Rüstungsindustrie 11
Streitkräftestruktur 13
Bewaffnung der Streitkräfte 14
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft 18
Polizei und andere Sicherheitskräfte 19

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts **21**
Einhaltung internationaler Verpflichtungen 21
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland 22
Innere Lage im Empfängerland 26
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region 29
Bedrohung von Alliierten 31
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft 32
Unerlaubte Wiederausfuhr 34
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes 35

ZUSAMMENFASSUNG

Informationen zum Sicherheitssektor

Die Streitkräfte Bangladeschs umfassen insgesamt 163.000 aktive Soldat:innen und sind damit nach Indien, Pakistan, Sri Lanka und Afghanistan das fünftgrößte Militär in Südasien. Militärisches Personal aus Bangladesch ist an einer Vielzahl internationaler VN-Missionen beteiligt. Mit rund 6.600 für UN-Friedensmissionen abgestellten Streit- und Polizeikräften ist Bangladesch derzeit (Stand: Mai 2023) der weltweit größte Truppensteller für die Vereinten Nationen.

Bangladesch modernisiert seit 2009 seine Streitkräfte. Seitdem ist sowohl ein deutlicher Anstieg der Militärausgaben, als auch ein konstanter Anstieg der Rüstungsimporte zu beobachten. Dementsprechend nahm Bangladesch zwischen 2019 und 2023 die 26. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. China war dabei der mit Abstand wichtigste Lieferant, gefolgt vom Vereinigten Königreich, der Türkei, Italien und Russland. Deutsche Rüstungsexporte spielten für Bangladesch bis 2019 nur eine marginale Rolle. In den vergangenen Jahren lieferte Deutschland zwar regelmäßig Rüstungsgüter in das südasiatische Land, zumeist jedoch in einem Volumen von unter einer Millionen Euro. 2019 erreichten die deutschen Rüstungsexporte mit 45,4 Millionen Euro für den Export von Flugzeugen und Teilen für Kampfflugzeuge jedoch einen Höchstwert. 2021 wurden zudem 24 G-120TP Trainingsflugzeuge geordert, die bis Ende 2022 geliefert wurden.

Die Rüstungsindustrie in Bangladesch ist überwiegend staatlich kontrolliert und verfügt, auch im regionalen Vergleich, bislang nur über geringe Kapazitäten. Im Zuge des militärischen Modernisierungsprogramms wird der Ausbau der lokalen Rüstungsindustrie jedoch vorangetrieben, insbesondere durch die Kooperation mit chinesischen Unternehmen. Langfristig soll so die starke Abhängigkeit des Militärs von Waffenimporten verringert werden, was in den letzten Jahren auch teilweise schon erreicht wurde.

Das Militär spielt in Bangladesch eine wichtige, wenngleich problematische Rolle. Mehrere Militärputsche prägen bis heute die politische Geschichte des seit 1971 unabhängigen Landes. Noch 2007 wurde die Armee im Inland eingesetzt, um die gewaltsamen Ausschreitungen und oppositionellen Proteste für eine Wahlrechtsreform zu zerschlagen. Der wirtschaftliche Einfluss des Militärs ist groß. Viele Unternehmen, nicht nur im Rüstungsbereich, werden von ranghohen Militärs geführt. Die wirtschaftlichen Interessen des Militärs sind mittlerweile auf beinahe alle wichtigen Sektoren verteilt. So gehören dem Militär Unternehmen in den Bereichen Lebensmittel, Textilien, Bekleidung, Elektronik, Finanzen, Immobilien und Reisen.

Medienberichten zufolge sind die Geheimdienste des Landes maßgeblich an politisch motivierten Menschenrechtsverletzungen beteiligt. Auch der Polizei und anderen Sicherheitskräften, insbesondere dem Rapid Action Bataillon (RAB), einer hauptsächlich auf Terrorismusbekämpfung ausgerichteten Spezialeinheit, werden Menschenrechtsverletzungen wie Folter und Misshandlungen, willkürliche Verhaftungen und außergerichtliche Tötungen vorgeworfen. 2021 wurde das RAB daraufhin mit Sanktionen der US-Regierung belegt. Menschenrechtsorganisationen forderten, dass RAB-Personal nicht mehr an UN-Friedensmissionen beteiligt werden sollte. Vor allem im Kampf gegen die Drogenkriminalität dokumentieren lokale und internationale Medien und Menschenrechtsorganisationen gegenwärtig eine Welle außergerichtlicher Tötungen durch bangladeschische Sicherheitskräfte. Innerhalb des Militärs und anderer Sicherheitskräfte wie dem bangladeschischen Grenzschutz (ehemals

Bangladesh Rifles) gab es schon in der Vergangenheit immer wieder schwere Konflikte, welche mit Gewalt und Menschenrechtsverletzungen einhergingen und oftmals nicht ausreichend aufgeklärt wurden.

Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Gegen Bangladesch ist derzeit weder von der Europäischen Union noch von den Vereinten Nationen ein Waffenembargo verhängt. Das Land ist Mitglied zahlreicher völkerrechtlicher Abrüstungsverträge, u. a. dem Übereinkommen über Streumunition von 2010 jedoch nicht beigetreten. Den internationalen Waffenhandelsvertrag hat das südasiatische Land zwar bereits 2013 unterzeichnet, bislang aber noch nicht ratifiziert.

Bangladesch hat alle internationalen Menschenrechtsabkommen ratifiziert. Die Sicherung grundlegender Menschenrechte ist in der Verfassung festgeschrieben. Dennoch muss die Menschenrechtssituation im Land als sehr problematisch bezeichnet werden. Medien und Menschenrechtsorganisationen berichten unter anderem von außergerichtlichen Hinrichtungen, Folter und weiteren Repressionen gegen Regierungskritiker:innen, insbesondere Journalist:innen, durch staatliche Sicherheitskräfte. Es herrscht ein Klima der Straflosigkeit. Die Pressefreiheit ist stark eingeschränkt. Eingriffe in die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Menschenhandel, Kinderarbeit, sexualisierte Gewalt gegen Frauen und die Kriminalisierung von LGBTQIA+ Personen bleiben ein Problem in Bangladesch.

Bangladesch ist gekennzeichnet durch ein hohes Maß an gesellschaftlicher Spaltung und politischer Polarisierung. Es kommt häufig zu Gewalt zwischen politischen Gegner:innen. Besorgniserregend sind insbesondere die Konflikte zwischen der Regierung und indigenen Bevölkerungsgruppen in den Chittagong Hill Tracts, einer Provinz im Südosten des Landes, sowie Spannungen in Folge der massenhaften Vertreibung der Rohingya aus dem Nachbarland Myanmar. Aktuell befinden sich etwa 960.000 geflüchtete Rohingya in Bangladesch (Stand: August 2024). Ihre Lebenssituation in den überfüllten Lagern in der Region Cox's Bazar ist höchst prekär. Es kommt zu Konflikten mit den Einheimischen. Die Regierung strebt langfristig eine Rückführung der geflüchteten Rohingya in ihr Herkunftsland. 2020 begann die Regierung mit der Umsiedlung von Rohingya auf Bahsan Char, eine abgelegene Insel im Golf von Bengalen. Sowohl in den Flüchtlingslagern als auch auf der Insel sind die geflüchteten Rohingya sehr stark in ihren Rechten und Möglichkeiten eingegrenzt und in erhöhtem Maß Naturkatastrophen ausgesetzt.

Das Verhältnis zu Myanmar ist durch die Vertreibung der Rohingya von schweren Vorwürfen geprägt. Die ehemalige Premierministerin Hasina Wajed verurteilte die vom Militär Myanmars verübten Gräueltaten gegen die Rohingya als Genozid. Immer wieder kommt es an der Grenze zu Schüssen von myanmarischen Grenzposten auf Geflüchtete, die auf dem Weg nach Bangladesch sind.

Trotz verstärkter Anstrengungen der nationalen Sicherheitsbehörden bleibt die illegale Verbreitung von Waffen, primär von Klein- und Leichtwaffen, in Bangladesch und den Grenzregionen mit Indien und Myanmar ein großes Problem. Mehr als 400.000 illegale Kleinwaffen sind in Bangladesch im Umlauf. Teile der illegal gehandelten Waffen stammen aus Polizei- und Militärbeständen. Insbesondere im Bereich der Klein- und Leichtwaffen ist das Risiko hoch, dass diese aus staatlichen Arsenalen verschwinden und über den Schwarzmarkt und Schmuggel in den Händen nicht-staatlicher Gewaltakteure im In- und Ausland landen. Zuletzt verschwanden im Zuge von Plünderungen von Polizeistationen im Zuge der Massendemonstrationen (2024) eine Vielzahl von Klein- und Leichtwaffen aus den staatlichen Beständen – bisher konnte nur ein Teil dieser im Rahmen eines Amnestieprogramms wieder sichergestellt werden.

Bangladesch gehört der Weltbank zufolge zu den Ländern mit einem niedrig-mittlerem Einkommen („lower-middle income economies"). Auf dem Global Competitiveness Index von 2019 erzielte es 52,1/100 Punkte und belegte damit Platz 105 unter 141 Staaten. Seit 1975 gehört Bangladesch zu der von den UN geführten Liste der „Least Developed Countries" (LDC). Die Gefahr, dass Rüstungsexporte nach Bangladesch die wirtschaftliche und vor allem soziale Entwicklung im Land negativ beeinflussen könnten, ist gegeben. Auf Basis von Kriterium 8 des Gemeinsamen Standpunktes, sind Rüstungsexporte nach Bangladesch als zumindest „möglicherweise kritisch" einzuschätzen, da sie die Entwicklung des Landes negativ beeinflussen könnten. Um die positive Entwicklung des Landes nicht zu gefährden, sollten Rüstungsexporte sehr kritisch geprüft werden.

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2023 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamt-wert
1999	Teile für Kriegsschiffe: 60,9% Elektronische Ausrüstung: 31,9%	6,6
2000	Übungsmunition: 77,9% Nuklear/Chemisches Warnsystem: 14,6%	0,66
2001	Revolver, Pistolen, Sportpistolen und -revolver, inkl. -teile: 69,5% Munition für Revolver und Pistolen: 17,6%	0,17
2002	Gepanzerte Geländewagen [Personenschutz]: 36,9% Teile für Funkanlagen: 32,5% Übungsmunition: 27,2%	0,72
2003	VHF/FM-Sende- und Empfangsgeräte: 98,8%	0,1
2004	Übungspatronen: 65,3% Funkgeräte, Wanderfeldröhren und Teile für Kommunikationsausrüstung: 34,4%	0,25
2005	Geländewagen: 48,9% Teile für Sonaranlagen: 37,5%	1,14
2006	Geländewagen und Teile für militärische Landfahrzeuge: 99,9%	0,12
2007	---	---
2008	Übungspatronen: 77,1% Motoren für LKW: 19,4%	0,37
2009	Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 99,8%	10,49
2010	Teile für Sonaranlagen: 60,7% Kabinendachverglasungen: 26,7%	0,1
2011	Minenschutzanzüge: 91,7%	0,36
2012	Teile für Küstenschutzboote: 89,1%	0,36
2013	Teile für Torpedos und Täuschkörper: 57,8% Munition für Jagdflinten und Sportflinten: 42,2%	0,1
2014	Munition für Jagdflinten und Sportflinten: 51,6% Kabinendachgläser für Trainingsflugzeuge: 48,3%	0,1
2015	Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für ballistischen Schutz: 94,8%	1,41
2016	Teile für LKW: 99,0%	0,1

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamt-wert
2017	Geländewagen mit Sonderschutz [World Bank] und Teile für ballistischen Schutz [World Bank]: 97,1%	0,4
2018	Ausrüstung zum Stören von Satellitennavigation und Teile für Kommunikationsausrüstung: 61,3% Bildverstärkerröhren: 22,6%	6,94
2019	Flugzeuge und Teile für Kampfflugzeuge, Flugzeuge, Transportflugzeuge: 89,5%	45,4
2020	Bildverstärkerröhren: 98,8%	4,02
2021	Teile für Fähren und Brücken: 43,6% Waffenzielgeräte: 25,5% Teile für Feuerleiteinrichtungen: 15,2%	1,97
2022	Waffenübungsgeräte und Teile für Waffenübungsgeräte: 48,5%; Nachtsichtgeräte und Wärmebildausrüstung: 43,1%	8,38
2023	Panzerabwehrwaffen: 88,6%	6,56

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2023, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz http://www.bmwk.de

Schaubild 1

Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2023

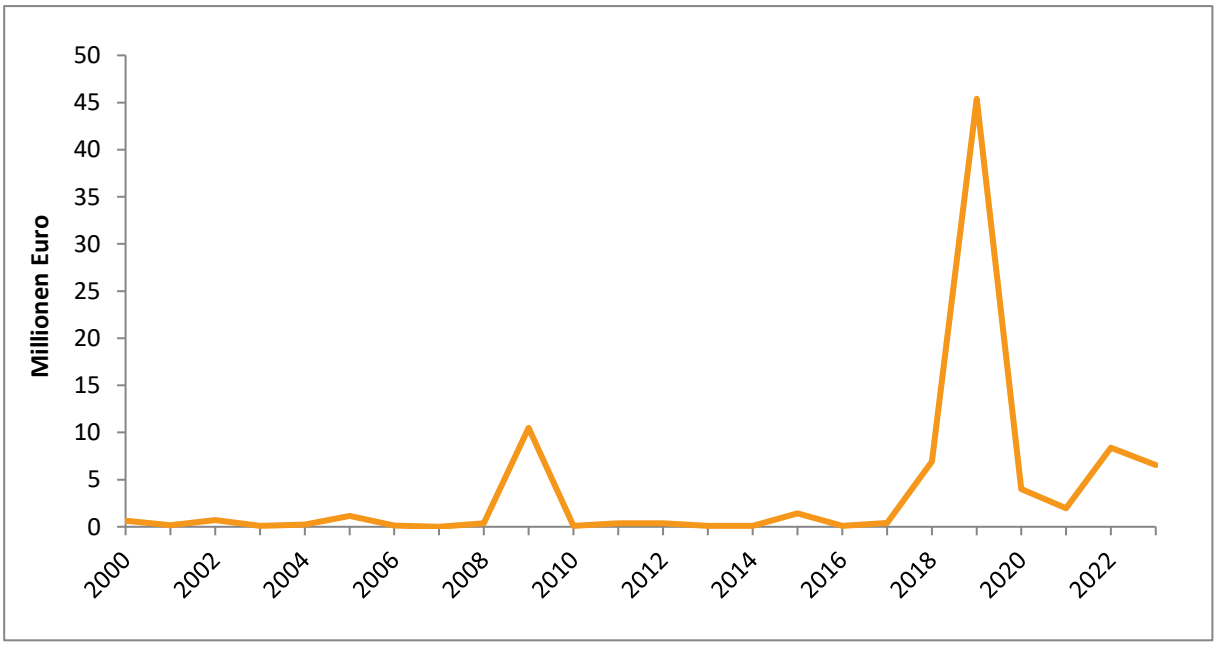


Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Bangladesch 2000-2023

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
1	ASO-90	ASW-Sonar	(1998)	2001	1	Neuwertig
2	Do-228MP	Seefernaufklärer	2011	2013	2	Neuwertig
2	Do-228MP	Seefernaufklärer	2017	2021-2022	2	Neuwertig
24	G-120TP	Trainingsflugzeuge	2021	2021-2022	24	Neuwertig

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Bangladesch zählt nicht zu den Hauptempfängerländern deutscher Rüstungsexporte. In den vergangenen Jahren lieferte Deutschland zwar regelmäßig Rüstungsgüter in das südasiatische Land – darunter gepanzerte Geländewagen, Jagd- und Sportflinten, Munition, Teile für Küstenschutzboote und Minenschutzanzüge – zumeist jedoch in einem Volumen von unter einer Millionen Euro. Eine Ausnahme stellt u. a. das Jahr 1999 dar, in welchem die Bundesregierung den Export von Rüstungsgütern, darunter ein ASO-90 ASW Sonar für eine DW-2000 Fregatte aus Südkorea, für 6,6 Millionen Euro genehmigte. 2009 wurden der Export von Kommunikationsausrüstung in einem finanziellen Volumen von rund 10,5 Millionen an das südasiatische Land genehmigt.

In den vergangenen zwei Jahren kann nun ein Anstieg der deutschen Rüstungsexportgenehmigungen verzeichnet werden. Betrug der Umfang der Rüstungsexporte 2017 noch rund 400.000 Euro, genehmigte die Bundesregierung 2018 Exporte in einem finanziellen Volumen von rund sieben Millionen Euro. 2019 erreichten die deutschen Rüstungsexporte mit 45,4 Millionen Euro einen neuen Höchstwert. Zurückzuführen ist dieser Genehmigungswert insbesondere auf den Export von Flugzeugen und Teilen für Kampfflugzeuge.

2011 wurden zwei Seefernaufklärer vom Typ Do-228 in der modernisierten NG-Version beim deutschen Flugzeughersteller Dornier bestellt, die sich seit 2013 im Dienst der Marine befinden und zur Überwachung des Luftraums und der Küsten eingesetzt werden. Die Flotte soll zukünftig um zwei weitere Seefernaufklärer erweitert werden, die 2017 bestellt wurden. 2021 bis 2022 wurden sie geliefert. Zusätzlich ausgestattet werden diese mit Seaspray 5000E Multifunktionsradaren des italienischen Rüstungskonzerns Leonardo. 2021 wurden zudem 24 G-120TP Trainingsflugzeuge bestellt, die bis Ende 2022 geliefert wurden.

In vergangenen Jahren (2008-2010, 2012-2016, 2019 sowie 2020) wurden einige Rüstungsexporte nach Bangladesch nicht genehmigt. Die Bundesregierung begründete diese Entscheidungen mit der Missachtung der Menschenrechte, der prekären inneren Lage und der Gefahr einer unerlaubten Wiederausfuhr. Zuletzt wurden 2020 Bildverstärkerröhren im Wert von 4 Millionen Euro geliefert. 2022 wurden Waffenübungsgeräte sowie Nachtsichtgeräte und Wärmebildausrüstung im Wert von 8,38 Millionen Euro exportiert und eine Genehmigung mit Verweis auf Kriterium 2 abgelehnt. 2023 wurde ebenfalls eine Genehmigung mit Verweis auf Kriterium 2 abgewiesen und Panzerabwehrwaffen im Wert von 6,56 Millionen Euro nach Bangladesch bewilligt.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Bangladesch 2019-2023, Mio. TIV[1]

Jahr	2019	2020	2021	2022	2023	2019-2023
Summe	732	54	54	322	78	1239

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php

Tabelle 4

Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Bangladesch 2019-2023, Mio. TIV

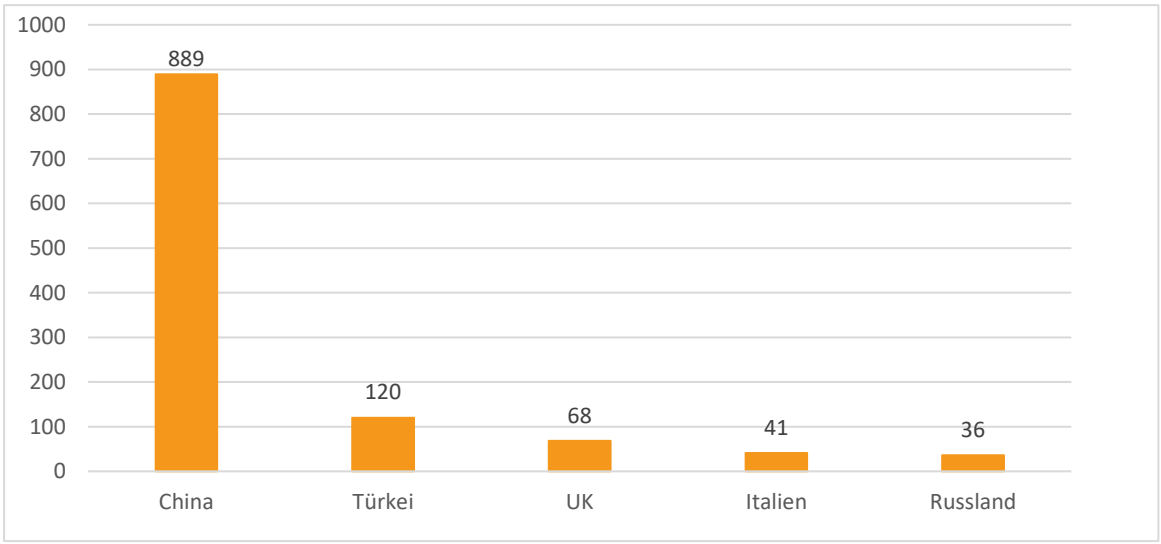
Jahr	2019	2020	2021	2022	2023	2019-2023
Summe	-	-	12	12	-	24

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php

[1] SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2019-2023, Mio. TIV



Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: Mai 2024) nahm Bangladesch zwischen 2019 und 2023 die 26. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. China war dabei der mit Abstand wichtigste Lieferant, gefolgt von der Türkei, dem Vereinigten Königreich, Italien und Russland.

Seit 2010 ist ein konstanter Anstieg der Rüstungsimporte nach Bangladesch zu verzeichnen. Diese Entwicklung ist eine Folge des militärischen Modernisierungsprogramms „Forces Goal 2030", welches 2009 begann. Im Zuge dessen sollen alle Teilstreitkräfte umfassend mit moderner Militärtechnologie ausgestattet werden. Da Bangladesch selbst über relativ geringe rüstungsproduzierende Kapazitäten verfügt, profitierten bisher insbesondere Rüstungsunternehmen aus China von der stark gestiegenen Nachfrage. So lieferte China in den vergangenen Jahren u. a. 49 WS-22 Mehrfachraketenwerfer, 16 Trainings-/Kampfflugzeuge vom Typ K-8W Karakorum sowie elf Trainingsflugzeuge vom Typ Nanchang CJ-6. An maritimen Waffensystemen exportierte China 2014 zwei gebrauchte Fregatten der Abu Bakar-Klasse, 2015 und 2019 je zwei Fregatten der Shadhinota-Klasse sowie zwei gebrauchte Fregatten vom Type-053H3, von denen 2018 zwei weitere bestellt wurden. 2016 lieferte China zwei gebrauchte, vor dem Export modernisierte U-Boote der Nabajatra-Klasse mit dazugehörigen Torpedos. Auch Korvetten (LPC-1) und Panzer (vornehmlich Type-59G und MBT-2000), wurden seit 2014 aus China bezogen. 2021-2022 wurden zudem 44 VT-5 Panzer aus China geliefert.

Die Türkei lieferte zwischen 2013 und 2023 224 Cobra-Mannschaftstransporter und im Jahr 2021 18 T-300 Mehrfachraketenwerfer-Systeme sowie 500 Stück entsprechender Lenkraketen des Typs TRG-300. 2023 wurden 6 bewaffnete Drohnen Bayraktar TB2 an Bangladesch geliefert, die Lieferung von weiteren 6 steht noch aus.

Vom Vereinigten Königreich erhielt Bangladesch im April 2020 das letzte der insgesamt zwei C-130J Hercules Transportflugzeuge, die 2018 für die Luftwaffe bestellt wurden. Zwischen 2020 und 2022 wurden drei weitere Maschinen desselben Typs geliefert.

Der italienische Rüstungskonzern Leonardo lieferte seit 2015 sechs Hubschrauber vom Typ AW139 und AW119 Koala. 2019 bestellte Bangladesch sechs Kronos Luftaufklärungsradare, von denen vier 2022 und 2023 geliefert wurden. und 2020 drei Falco-Drohnen, welche allesamt 2022 Bangladesch erreichten.

Während Chinas jüngste Verkäufe nach Bangladesch also insbesondere maritime Waffensysteme umfassen, beschränkt sich die seit 2011 gestiegene Nachfrage nach russischen Großwaffensystemen primär auf Land- und Luftwaffensysteme. So lieferte Russland zwischen 2011 und 2017 insgesamt 493 gepanzerte Mannschaftstransporter/Schützenpanzer vom Typ BTR-80. Zwischen 2015 und 2016 lieferte Russland 16 -Yak-130 Trainings- bzw. leichte Kampfflugzeuge. 16 bewaffnete Mil Mi-17 Transporthubschrauber, die mit einem russischen Kredit von einer Milliarde US-Dollar finanziert wurden, importierte Bangladesch zwischen 2015 und 2019.

Die USA spielen als Rüstungslieferant gegenwärtig nur eine sehr geringe Rolle. 2013 und 2015 schenkten die USA der Marine Bangladeschs jeweils ein gebrauchtes Schiff der Hamilton-Klasse. Zudem lieferte die USA acht Turbinen für die vier Seefernaufklärer aus deutscher Produktion. Eine Ausweitung der Rüstungskooperation wird gegenwärtig forciert, um dem Einfluss Chinas zu begegnen. So wurden im Oktober 2019 zwei bilaterale Abkommen zur zukünftigen Intensivierung der Kooperation mit den USA im Verteidigungsbereich unterzeichnet. 2021 erhielt Bangladesch zwei leichte Bell-407 Helikopter sowie 50 gepanzerte MaxxPro Mannschaftstransporter aus den USA.

Militärausgaben

Tabelle 5

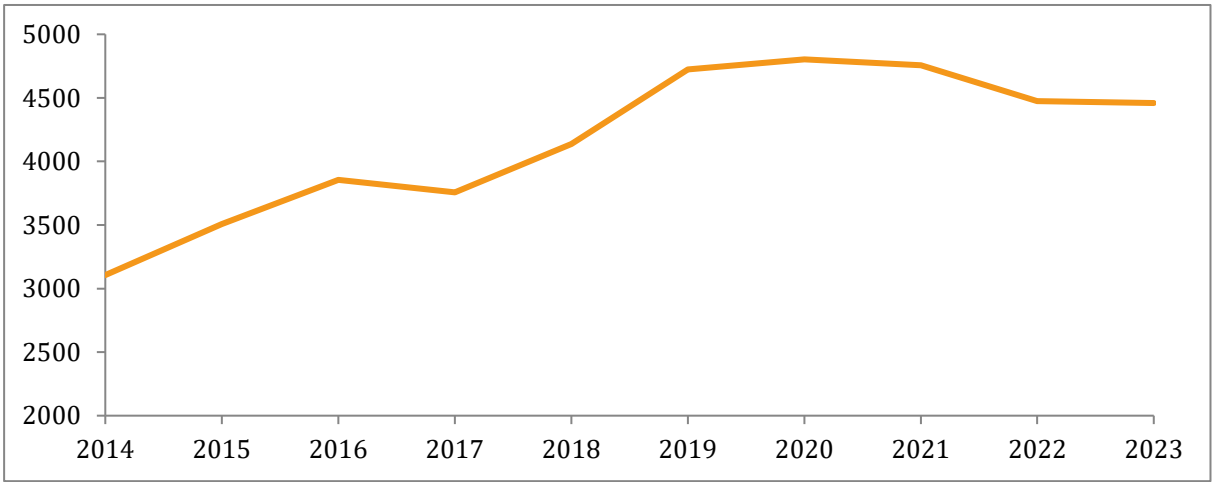
Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP

	2019	2020	2021	2022	2023
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	4723	4803	4758	4474	4460
Anteil am BIP (in Prozent)	0,70	0,73	0,63	0,69	0,47
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	9,2	9,4	9,0	8,1	8,0

Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3

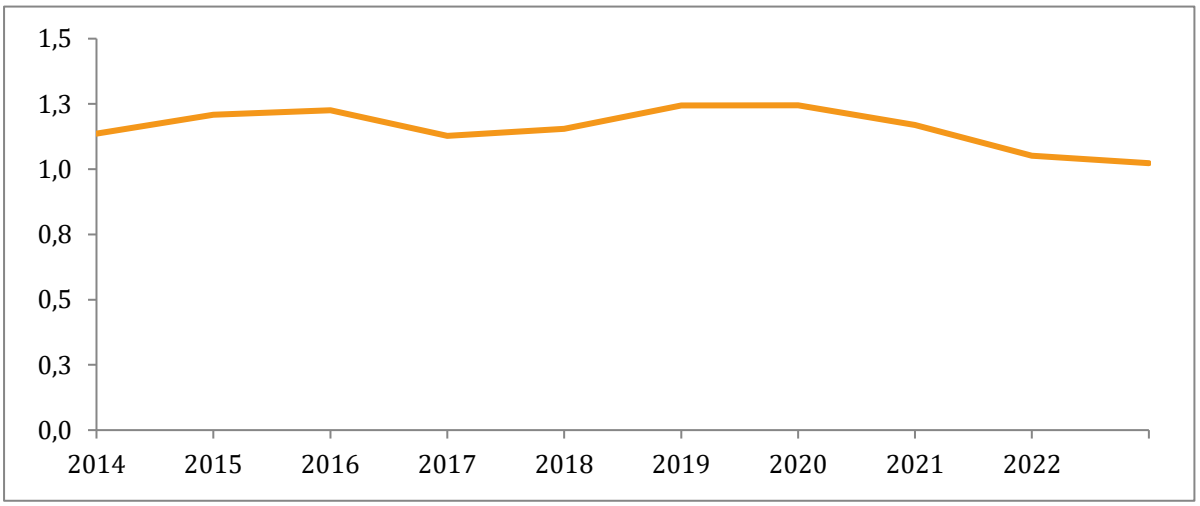
Absolute Militärausgaben, Trend 2014 – 2023 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2014 – 2023 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Die Rüstungsindustrie in Bangladesch verfügt, auch im regionalen Vergleich, über geringe Kapazitäten. Im Zuge des militärischen Modernisierungsprogramms „Forces Goal 2030" wird der Ausbau der lokalen Rüstungsindustrie, insbesondere durch die Kooperation mit chinesischen Unternehmen, jedoch gegenwärtig vorangetrieben. Langfristig soll die starke Abhängigkeit des Militärs von Waffenimporten dadurch verringert werden. Der überwiegende Anteil der Rüstungsunternehmen in Bangladesch ist staatlich kontrolliert und steht im Besitz

der jeweiligen Teilstreitkraft, die das Unternehmen mit Waffensystemen und Technologien versorgt.

Der größte Rüstungskonzern des südasiatischen Landes, die Bangladesh Ordnance Factories (BOF), wurde bereits in den 1970er Jahren mit technischer und finanzieller Hilfe aus China aufgebaut. Mittlerweile umfasst BOF neun Fabriken, in denen Kleinwaffen und dazugehörige Munition, Granaten, Raketen und Artillerie-Munition produziert werden (unter anderem wird das Typ 81 Sturmgewehr der China North Industries Corporation in Lizenz produziert und das G3 Gewehr von Heckler & Koch). Beim Ausbau der Produktionskapazitäten wurde auch Technologie aus Deutschland, Italien, Belgien und Österreich verbaut. Im Jahr 2021 schloss das Unternehmen außerdem einen Vertrag mit dem türkischen Unternehmen REPKON über die Einrichtung einer 105-mm- und einer 155-mm-Artilleriegeschoss Produktionslinie. Die Produktion von MANPADS und Panzerabwehrlenkwaffen befinden sich in Planung.

Auch die Bangladesh Machine Tools Factory wurde Ende der 1970er Jahre gegründet. Produziert und repariert werden dort überwiegend gepanzerte militärische Fahrzeuge wie Trucks und SUVs. Gegenwärtig modernisiert das Rüstungsunternehmen die veralteten chinesischen Typ 59 und Typ 69-II Kampfpanzer des Heeres.

Insbesondere im maritimen Bereich existieren größere Produktionskapazitäten, deren Ausbau in den vergangenen Jahren zunehmend intensiviert wurde. Die Dockyard and Engineering Works (DEW), die seit 2007 im Besitz der Marine ist, produziert Landungsboote für die Marine sowie diverse Patrouillenboote für die Küstenwache. 2016 begann die DEW mit dem Aufbau einer Fabrik zur Instandhaltung der zwei chinesischen U-Boote. Auch die staatliche Chittagong Dry Dock Limited, bisher auf die Wartung und Überholung ziviler Handelsschiffe beschränkt, ist seit 2019 auf der Suche nach einem internationalen Rüstungsunternehmen zur gemeinsamen Produktion von sechs Patrouillenbooten. Das größte lokale Unternehmen zur Produktion und Instandhaltung von Kriegsschiffen ist die Khulna Shipyard Limited (KSL). Gemeinsam mit der chinesischen Wuchang Shipyard produziert die staatliche Schiffswerft die bewaffnete Korvette der Durjoy-Klasse. Zudem produziert SKL gegenwärtig, gemeinsam mit der China Shipbuilding Industry Corporation, fünf Patrouillenboote der Padma-Klasse für die Marine. Bereits zwischen 2011 und 2013 wurden fünf der bewaffneten Patrouillenboote im Joint Venture produziert, die später auch an regionale Bündnispartner exportiert werden sollen. Die Malediven haben für ihre Küstenwache bereits Interesse an den Patrouillenbooten bekundet.

Um langfristig auch internationale Märkte bedienen zu können, unterzeichneten Bangladeschs Wirtschaftsministerium und der niederländischen Schiffsbauer Damen im Januar 2020 eine Vereinbarung über den gemeinsamen Kapazitätsausbau und die Weiterentwicklung der lokalen Industrie für den zivilen und militärischen Schiffsbau. Auch mit Südkorea wird derzeit eine engere Kooperation forciert. Im Kontext dieser industriepolitischen Strategie konnte Bangladesch auf dem zivilen Schiffmarkt – ähnlich wie Vietnam, Brasilien und Indien – bereits zu einer internationalen Exportnation und zu einem Konkurrenten europäischer Werften avancieren.

Um langfristig auch in der Luftfahrtindustrie die technologische Abhängigkeit zu verringern, gründete Bangladesch 2011 das Bangabandhu Aeronautical Centre (BAC), welches dem Verteidigungsministerium untersteht. Ziel des BAC ist es, eine autarke Industrie zur Produktion und Instandhaltung von Flugzeugen, Drohnen, Radar- und Kommunikationssystemen aufzubauen. Dazu kooperiert die Industrie in Bangladesch insbesondere mit der chinesischen Hongdu Aviation Industry Group und den russischen Rüstungskonzernen Mil und Irkut Cor-

poration. Eine Anlage zur Überholung der Chengdu F-7 Jagdflugzeuge wurde in Zusammenarbeit mit China und der Ukraine bereits entwickelt. 2019 wurde in Lalmonirhat der Grundstein für den Bau einer Fabrik zur Herstellung von Flugzeugen gelegt.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Keine

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

171.250 aktive Streitkräfte, davon:
Heer: 132.150
Marine: 25.100
Luftwaffe: 14.000

Paramilitärische Einheiten: 63.900, davon:
Ansars: 20.000
Schnelle Eingreiftruppe: 5.000
Grenztruppen: 38.000
Küstenwache: 900

Quelle: IISS Military Balance 2024

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2015–2022

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Aktive in 1.000 (IISS)	157	157	157	157	163	163	163	163
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	1	1	1	1	1	1	1	1

Quellen: IISS Military Balance, 2016-2023, World Bank

Kommentar

Das Militär Bangladeschs ist in drei Teilstreitkräfte (Heer, Marine, Luftwaffe) untergliedert. 63.900 Personen stehen zudem den paramilitärischen Einheiten des Landes zur Verfügung, zu denen neben der paramilitärischen Einheit der Ansars, die dem Innenministerium unterstehen und für den Erhalt der inneren Sicherheit zuständig sind, der Grenzschutz, die Küstenwache und eine schnelle Eingreiftruppe gehören. Im regionalen Vergleich ist das Militär personell gut aufgestellt. Mit mehr als 171.250 aktiven Soldat:innen verfügt Bangladesch in Südasien nach Indien, Pakistan und Sri Lanka über die größten Streitkräfte. Der Fokus liegt insbesondere auf der Landesverteidigung, dem Erhalt der innerstaatlichen Stabilität, dem

Schutz der Küste sowie der Sicherung der dortigen Wasserstraßen. Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Katastrophenhilfe.

Bangladeschs Streitkräfte sind an einer Vielzahl internationaler VN-Missionen beteiligt. 2022 stellte Dhaka insgesamt rund 6.600 Angehörige der Streitkräfte und Polizei für internationale Friedensmissionen ab, womit Bangladesch den Vereinten Nationen weltweit in diesem Jahr den größten Anteil an Militär- und Polizeikräften zur Verfügung stellte. Die dadurch bezogenen finanziellen Rekompensationen stellen für den Staat und die Streikkräfte eine wichtige Einkommensquelle dar. Die eingesetzten Soldat:innen gelten als diszipliniert und zuverlässig; mehrfach wurde bangladeschisches Militärpersonal zu Kommandeur:innen von Friedenmissionen ernannt.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	276	
Leichte Panzer	52	
Aufklärer	Mehr als 8	
Gepanzerte Nutzfahrzeuge	188	
Bergepanzer	Mehr als 3	
Pionier- und Brückenlegepanzer	Einige	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	545	
Artillerie	Mehr als 907	
Panzerabwehr	238	Anzahl der rückstoßfreien Abschussgeräte; zusätzlich einige Raketen
Luftabwehr	174	Anzahl der Geschütze; zusätzlich einige Boden-Luft-Flugabwehrraketen
Transportflugzeuge	8	
Mehrzweckhubschrauber	2	
Transporthubschrauber	10	
Amphibienfahrzeuge	3	

Quelle: IISS Military Balance 2024

Kommentar

Das Heer ist mit über 132.150 Soldat:innen personell gut aufgestellt. Die materielle Ausstattung wurde in den vergangenen Jahren im Zuge des militärischen Modernisierungsprogramms „Forces Goal 2030" erheblich verbessert – sowohl hinsichtlich ihrer Qualität als auch der Quantität.

Zur Modernisierung der bestehenden Flotte an schweren Kampfpanzern vom Typ 59/Typ 69 wurden 2009 bspw. 300 Aufrüstsätze in China bestellt, die die Feuerkraft der schweren Kampfpanzer erhöhen sowie Panzerung und Leistung verbessern. Die Anzahl an leichten Kampf- und Amphibienpanzern soll in den kommenden Jahren erhöht werden. Die Einfuhr von 44 leichten VT-5 Kampfpanzern aus chinesischer Produktion wurde 2019 beschlossen und erfolgte 2021.

Die meist noch aus der ehemaligen Sowjetunion stammenden gepanzerten Mannschaftstransporter vom Typ MT-LB wurden im Zuge des Modernisierungsprogramms überwiegend durch BTR-80 Schützenpanzer aus Russland ersetzt, die auch im Zuge internationaler Friedensmissionen eingesetzt werden. Zur Modernisierung der Artillerie lieferte Serbien zwischen 2013 und 2018 36 neue 155mm-Haubitzen vom Typ Nora B-52. Auch mit 49 Mehrfachraketenwerfern aus China wurde die vergleichsweise stark aufgestellte Artillerie des Landes modernisiert. Zur Luftaufklärung für die Artillerie wurden 2017 36 Bramor C4EYE-Aufklärungsdrohnen aus Slowenien beschafft.

Auch die Modernisierung der Heeresflieger ist gegenwärtig in vollem Gange. Zwei Eurocopter AS365 Dauphins der N3+ Version wurden 2012 in Dienst gestellt. Sechs bewaffnete Mil Mi-171Sh Hubschrauber wurden 2016 aus Russland beschafft. Ein C-295W Transportflugzeug wurde aus Spanien gekauft; ein weiteres C-295-Transportflugzeug sowie sechs weitere Mil Mi-171Sh-Hubschrauber wurden kürzlich in die Flotte integriert.

Neben der materiellen Modernisierung der Armee, zu der auch eine deutlich verbesserte Grundausstattung der Infanterist:innen gehört, wird gegenwärtig auch eine strukturelle Reorganisation der Teilstreitkraft forciert. So soll das militärische Personal des Heeres zukünftig in drei unabhängiger Korps – Zentral, Ost und West – untergliedert werden. Um die Einrichtung dieser neuen Struktur zu erleichtern, wurde die Gesamtgröße der Teilstreitkraft insgesamt erhöht und um drei neue Infanteriebataillone erweitert.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	2	
Fregatten	5	
Patrouillenboote	47	
Davon Korvetten	6	
Minenboote	5	
Amphibienfahrzeuge	21	Einsatzfähigkeit von fünf Stück unklar

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Logistik und Unterstützung (Schiffe)	10	Einsatzfähigkeit von zwei Stück unklar

Quelle: IISS Military Balance 2024

Box 2

Weitere Marineeinheiten

Marineflieger:
4 Seefernaufklärungsflugzeuge
2 leichte Transporthubschrauber

Quelle: IISS Military Balance 2024

Kommentar

Die Marine ist mit 25.100 Soldat:innen die zweitgrößte Teilstreitkraft des Landes. Ihre Hauptaufgabe besteht im Schutz der Ausschließlichen Wirtschaftszone, also dem Schutz der wirtschaftlichen und militärischen Interessen des Landes im rund 118.800 Quadratkilometer großen Seegebiet am Golf von Bengalen. In der Vergangenheit kam es insbesondere aufgrund überlappender Besitzansprüche auf Öl- und Gasressourcen an den umstrittenen Seegrenzen zu Myanmar und Indien zu maritimen Konflikten, die 2012 bzw. 2014 durch den Internationalen Seegerichtshof in Hamburg bzw. dem Ständigen Schiedshof in Den Haag beigelegt wurden.

Das militärischen Modernisierungsprogramm des Landes sieht die Transformation der Seestreitkräfte in eine moderne, dreidimensionale Marine vor, die über Oberflächen-, Unterwasser- und Seeluftelemente verfügt. So wurde die Ausstattung und Einsatzfähigkeit der Teilstreitkraft in den vergangenen Jahren erheblich vergrößert. Mehr als 20 neue Kampfschiffe wurden im Zuge von „Forces Goal 2030" bereits in die Marine integriert, darunter eine gebrauchte Fregatte der Jianghu I-Klasse sowie zwei Fregatten der Jianghu III-Klasse. Im Dezember 2019 erhielt die Marine aus China zudem zwei gebrauchte Fregatten der Jianghu II-Klasse. Ein Vertrag über die Lieferung zwei weiterer dieser Fregatten wurde im September 2019 unterzeichnet. Auch US-Amerikanische und britische Schiffe wurden in den letzten Jahren gebraucht übernommen (bspw. Hamilton- und Castle-Klasse). 2016 erhielt Bangladesch zudem zwei neue Shadhinota-Klasse Korvetten (Type-056), 2020 folgten zwei weitere sowie zwei gebrauchte Fregatten aus China. Damit stiegen allein die Schiffsabwehr-Raketenwerfer der Marine von 34 auf 84.

Seit 2017 stehen der bangladeschischen Marine zwei gebrauchte U-Boote der Ming-Klasse zur Verfügung. Die 2013 beim chinesischen Unternehmen Poly Technologies bestellten U-Boote operierten zuvor für die Marine der Volksrepublik, wurde vor ihrem Export allerdings umfassend modernisiert. Auch wenn die Technik des U-Bootes aus den 1950er Jahren stammt, erhöht das Schiff die Fähigkeiten der Marine enorm. Zwei weitere U-Boote sollen in naher Zukunft beschafft werden – insgesamt strebt Bangladesh eine Flotte von acht U-Booten an.

Die ehrgeizigen Modernisierungspläne werden neben Indienststellungen von Schiffen aber auch durch die Eröffnung zweier neuer Marinebasen im März und Juli 2023 deutlich. Die im März eröffnete Basis ist zugleich die erste U-Boot-Marinebasis. Bis 2030 soll die Marine von einer Brown-Water- zu einer Green-Water-Navy ausgebaut werden. Damit wird dem

Küstenschutz bzw. dem Schutz der Exklusiven Wirtschaftszone eine noch größere Bedeutung beigemessen. Zudem wurde das Marinepersonal im Jahr 2023 von 16.900 auf 25.100 Soldat:innen erhöht.

Die Marineflieger Bangladeschs – 2011 gegründet – operieren neben zwei italienischen AW-109E Transporthubschraubern auch zwei Dornier Do 228-212 aus deutscher Produktion, in denen US-amerikanische Triebwerke und britische Radare verbaut sind. Sie wurden 2013 importiert. Ein weiterer Dornier 228 wurde Ende 2021 vom deutschen Flugzeughersteller General Atomics AeroTec Systems übergeben. Das Flugzeug ist zur Aufklärung, Seeüberwachung, Such- und Rettungseinsätze sowie medizinische Evakuierung und Frachttransporte befähigt.

Tabelle 9

Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdflugzeuge	53	
Transportflugzeuge	16	
Ausbildungsflugzeuge	64	Davon 35 kampffähig
Transporthubschrauber	25	
Mehrzweckhubschrauber	18	
Raketen	Einige	u. a.: Archer, Alamo

Quelle: IISS Military Balance 2024

Kommentar

Die Luftwaffe, deren Hauptaufgabe in der Überwachung und Verteidigung des Luftraumes besteht, verfügt über 14.000 Soldat:innen. Unterteilt ist sie in zwei Kommandos – das nördliche und südliche Luftkommando. In letzterem wird derzeit ein neues Operationszentrum für maritime Luftunterstützungsmissionen eingerichtet. Die zwei verfügbaren Luftwaffenstützpunkte in Shaka und Cox's Bazar werden zukünftig um zwei weitere ergänzt, die sich gegenwärtig im Bau befinden. Auch forciert die Luftwaffe aktuell den Aufbau einer neuen Trainingseinheit, die drei Staffeln umfassen und die Ausbildung der Kampfpilot:innen langfristig verbessern soll. Das Land plant, seine Kampfflugzeugflotte zu rekapitalisieren, und hat in seinen Bestand an Starrflüglern und für die Ausbildung investiert.

Die Luftwaffe verfügt über 53 Jagdbomber. Darunter befinden sich unterschiedliche Versionen des chinesischen Chengdu F-7 sowie acht russische Kampfflugzeuge vom Typ MiG-29 Fulcrum. 2016 importierte Bangladesch u. a. 16 Chengdu F-7 BGI Kampfflugzeuge der 3.5 Generation aus China. Die Beschaffung von Mehrzweckkampfflugzeugen der 4.5 Generation ist geplant. Um den alten Bestand an Transportflugzeugen, darunter drei in den 1990er importierte Antonov An-32 sowie vier 2001 gebraucht beschaffte C-130B, zu ersetzen, wurden zwischen Juli 2019 und Januar 2020 fünf gebrauchte C-130J Transportflugzeuge aus Großbritannien importiert. Aus der Tschechischen Republik erhielt die Luftwaffe 2015 zudem drei neue

L410 UVP-E20 Transportflugzeuge. 2020 lieferte China sieben kampffähige K-8 Ausbildungsflugzeuge – mittlerweile liegt der Bestand bei 15 Stück. Auch die Hubschrauberflotte wurde im Zuge des Modernisierungsprogramms „Forces Goal 2030" erheblich vergrößert. Zwischen 2010 und 2019 importierte Bangladesch 21 Mil Mi-171Sh Hubschrauber aus Russland, die sowohl für den Transport als auch offensiv eingesetzt werden können. Wie im Januar 2020 bekannt wurde, plant Bangladesch gegenwärtig den Kauf einer unbekannten Anzahl von Apache AH-64E Kampfhubschraubern aus den USA. Auch unbemannte Luftfahrzeuge mittlerer Flughöhe und mit langer Ausdauer (MALE UAVs) sollen zukünftig beschafft werden.

Box 3

Paramilitärische Einheiten

Küstenwache:
54 Patrouillenboote
4 Logistik- und Unterstützungsschiffe

Quelle: IISS Military Balance 2024

Box 4

Peacekeeping

Demokratische Republik Kongo (MONUSCO): 1.679 Soldat:innen
Libanon (UNIFIL): 118 Soldat:innen
Libyen (UNSMIL): 1 Soldat:in
Südsudan (UNMISS): 1.630 Soldat:innen
Sudan (UNISFA): 513 Soldat:innen
Westsahara (MINURSO): 30 Soldat:innen
Zentralafrikanische Republik (MINUSCA): 1.419 Soldat:innen

Quelle: IISS Military Balance 2024

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Das Militär spielt in Bangladesch eine wichtige, wenngleich problematische Rolle. Mehrere Militärputsche prägen bis heute die Geschichte des seit 1971 unabhängigen Landes. Der Anführer der damaligen Unabhängigkeitsbewegung und Staatsgründer Bangladeschs, Scheich Mujibur Rahman, wurde 1975 bei einem Militärputsch getötet. Rahmans Tochter Hasina Wajed, seit 2009 Premierministerin Bangladeschs, hielt sich während des Putsches in Deutschland auf und entkam so dem Anschlag. Nach dem Putsch übernahm das Militär 15 Jahre lang die Macht. General Ziaur Rahman, Armeechef und von 1977 an selbsternannter Präsident Bangladeschs, wurde 1981 bei einem fehlgeschlagenen Putsch konkurrierender Militärs ermordet. 1982 folgte ein Putsch von Armeechef Hossain Mohammed Ershad. Dieser fungierte bis zum Volksaufstand 1990 als Staatspräsident. Seit der Rückkehr Bangladeschs zur parlamentarischen Demokratie kam es 1996 und 2011 erneut zu Putschversuchen durch Militärvertreter:innen. Von Januar 2007 bis Dezember 2008 wurde auf Druck der Streitkräfte der Ausnahmezustand erklärt und eine neue Übergangsregierung unter Fakhruddin Ahmed einberufen, die de facto auf Anweisung des Militärs regierte.

Auch heute noch hat das Militär großen Einfluss auf Politik und Wirtschaft in Bangladesch. Viele Politiker:innen haben einen militärischen Hintergrund. Viele Unternehmen, insbesondere die größten staatlichen Rüstungsunternehmen, werden von ranghohen Militärs geführt. Die wirtschaftlichen Interessen des Militärs sind aber mittlerweile auf beinahe alle wichtigen Sektoren verteilt. So gehören dem Militär Unternehmen in den Bereichen Lebensmittel, Textilien, Bekleidung, Elektronik, Finanzen, Immobilien und Reisen; darunter u. a. Luxushotels, Restaurant-Ketten und Banken. Die Trust Bank, mit landesweit über 123 Filialen (Stand 2023), wird bspw. vom Heer geleitet. Die zunehmende kommerzielle und geschäftliche Tätigkeit des Militärs fördert die Korruption innerhalb der Streitkräfte. Korruptionsfälle innerhalb des Militärs werden vom Parlament nur selten untersucht, da keine Partei die Unterstützung durch das Militär verlieren möchte.

Premierministerin Wajed fungiert innerhalb des Staates als Verteidigungsministerin; Staatspräsident Mohammed Shahbuddin ist der Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Diese werden auch im Inneren eingesetzt. Im politisch und ethnisch motivierten Konflikt in den Chittagong Hill Tracts (siehe Kapitel „Spannungen und innere Konflikte") kämpfte die Armee im Südosten des Landes von 1977 bis 1997 gegen die nach Autonomie und Selbstverwaltung strebende Parbattya Chattahram Jana Samhati Samiti und ihren bewaffneten Arm, die Shanti Bahini. Seit 1996 wurde das Militär regelmäßig zur Aufrechterhaltung der Ordnung während Wahlperioden eingesetzt bzw. instrumentalisiert, um die Opposition zu unterdrücken. 2007 wurde die Armee bspw. im Inland eingesetzt, um die gewaltsamen Ausschreitungen und oppositionellen Protesten für eine Wahlrechtsreform, u. a. in Dhaka, zu zerschlagen und weitere Demonstrationen durch eine hohe Präsenz des Militärs zu verhindern. Bis zum Ende des verhängten Notstandes im Dezember 2008 war das Militär landesweit – bspw. auch an Universitäten – stationiert. Seit August 2017 werden die Streitkräfte im Süden von Bangladesch im Distrikt Cox's Bazar eingesetzt, um die Versorgung und den Schutz der über 944.000 aus Myanmar geflüchteten Rohingya zu gewährleisten. Seit dem Ausbruch von Covid-19 wurde die Armee dazu eingesetzt, soziale Distanzierung, insbesondere im städtischen Raum, zu erzwingen und die Ausbreitung der Pandemie im Land einzudämmen. Quarantänezentren wurden militärisch überwacht.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2018	2019	2020	2021	2022
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics.
https://data.imf.org/?sk=4e99eda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1

Kommentar

Der Sicherheitsapparat Bangladeschs besteht neben der Armee aus der Polizei und einigen, teilweise unter konkurrierenden Mandaten arbeitenden paramilitärischen Einheiten, die allesamt dem Innenministerium unterstehen: Dem Rapid Action Bataillon (Personal: 5.000),

eine hauptsächlich auf Terrorismusbekämpfung ausgerichtete Spezialeinheit; den Ansars (20.000+), die die Behörden bei der Wahrung der inneren Sicherheit und Strafverfolgung unterstützen; dem Grenzschutz (zuvor Bangladesh Rifles; 38.000) und der Küstenwache (900).

Das Directorate General of Forces Intelligence (DGFI) und die National Security Intelligence (NSI) sind die beiden primären Geheimdienste mit sich überschneidenden Verantwortlichkeiten und Kompetenzen. Beide sind sowohl für nachrichtendienstliche Aufgaben im Innern wie auch nach außen verantwortlich und direkt der Premierministerin in ihrer Funktion als Verteidigungsministerin unterstellt. Medienberichten zufolge waren DGFI und NSI maßgeblich an politisch motivierten Menschenrechtsverletzungen beteiligt, u. a. gegenüber Mitgliedern der Opposition. Auch der Polizei und anderen Sicherheitskräften, insbesondere dem Rapid Action Bataillon, werden Menschenrechtsverletzungen wie Folter und Misshandlungen, willkürliche Verhaftungen und außergerichtliche Tötungen vorgeworfen. Dadurch sollen Geständnisse, Informationen von mutmaßlichen Militanten und Mitgliedern politischer Oppositionsparteien sowie Bestechungsgelder erzwungen worden sein. 2021 wurde das RAB daraufhin mit Sanktionen der US-Regierung belegt. Menschenrechtsorganisationen forderten, dass RAB-Personal nicht mehr an UN-Friedensmissionen beteiligt werden solle.

Insbesondere im Kampf gegen die Drogenkriminalität dokumentieren lokale und internationale Medien und Menschenrechtsorganisationen gegenwärtig eine Welle außergerichtlicher Tötungen durch bangladeschische Sicherheitskräfte. Laut Amnesty International sind 2018 insgesamt 466 Menschen im Zuge einer Anti-Drogen-Kampagne getötet worden. Die Sicherheitskräfte bedienen sich dabei eines wiederkehrenden Musters, um illegale Tötungen zu vertuschen, wenn sie behaupten, die Todesfälle seien das Resultat von Schusswechseln.

Verbrechen von Polizeibeamt:innen und anderen Sicherheitskräften werden nur selten strafrechtlich verfolgt. Die zivilen Behörden verfügen zwar über wirksame Mechanismen, um das Militär, die Polizei und andere Sicherheitskräfte zu kontrollieren und Missbrauch sowie Korruption innerhalb der Sicherheitskräfte zu untersuchen und zu bestrafen. In der Praxis werden diese Mechanismen allerdings nur selten genutzt. Bedienstete mit politischen Beziehungen zur Regierungspartei besetzten viele der Schlüsselpositionen in den Strafverfolgungsbehörden. Aufgrund langwieriger Gerichtsverfahren und Angst vor Vergeltung zögern Kläger:innen häufig, die Polizei in Strafsachen zu beschuldigen. Das Resultat ist ein Klima der Straflosigkeit.

Korruption ist im bangladeschischen Sicherheitsapparat weit verbreitet. Dem Corruption Perceptions Index der Nichtregierungsorganisation Transparency International zufolge belegte Bangladesch 2023 Platz 149 von 180 Ländern. Auch die Bertelsmann Stiftung verweist in ihrem Länderbericht 2020 auf ein hohes Maß an Korruption unter den Sicherheitskräften hin.

2009 kam es bei Einheiten der Bangladesh Rifles, dem paramilitärischen Grenzschutz, zu Meutereien, die nicht politisch motiviert waren. Hintergrund der Auseinandersetzungen waren Forderungen nach einem höheren Sold und besseren Aufstiegschancen für die Grenzschützer:innen. In diversen Städten kam es zu Kampfhandlungen mit den staatlichen Streitkräften, bei denen mindestens 74 Menschen, darunter hochrangige Militärbeamt:innen, getötet wurden. Die bangladeschische Armee schritt ein, um die Meuterei zu beenden. Die Tötungen wurden nicht vollständig aufgeklärt und nicht alle Täter*innen strafrechtlich verfolgt. Verdächtige wurden allerdings auch teilweise willkürlich verhaftet und festgehalten, und hatten keinen ausreichenden Zugang zu juristischer Unterstützung.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der BICC-Datenbank

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Möglicherweise kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Möglicherweise kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Möglicherweise kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag von 2014	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag von 2021	Beigetreten	https://treaties.un.org

Kommentar

Bangladesch ist Mitglied zahlreicher völkerrechtlicher Abrüstungsverträge, darunter – abgesehen vom Vertrag zum Verbot der Stationierung von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden – den wichtigsten nuklearen Rüstungskontrollverträge sowie der Chemiewaffen-Konvention von 1997. Im Jahr 2000 ratifizierte Dhaka die Ottawa-Konvention sowie die Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen. Im September 2013 unterzeichnete das südasiatische Land zudem den Arms Trade Treaty, der auf internationale Standards für den Handel mit Waffen abzielt. Bislang wurde dieser aber noch nicht ratifiziert.

Dem Übereinkommen über Streumunition von 2010 ist Bangladesch nicht beigetreten. Dennoch nahm das südasiatische Land bis 2014 als Beobachter an den Konferenzen der Mitgliedsstaaten teil. Im Dezember 2018 stimmte Bangladesch bei den Vereinten Nationen für eine UN-Resolution zur Konvention; im Juni 2019 nahm das Land am asiatisch-pazifischen Workshop der Konvention auf den Philippinen teil.

Gegen Bangladesch ist derzeit weder von der Europäischen Union noch von den Vereinten Nationen ein Waffenembargo verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 5

Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2023

There were no significant changes in the human rights situation in Bangladesh during the year.

Siehe Report 2022:

Bangladesh's constitution provides for a parliamentary form of government that consolidates most power in the Office of the Prime Minister. In a December 2018 parliamentary election, Sheikh Hasina and her Awami League party won a third consecutive five-year term that kept her in office as prime minister. This election was not considered free and fair by observers due to reported irregularities, including ballot box stuffing and intimidation of opposition polling agents and voters. The security forces encompassing the national police, border guards, and counterterrorism units such as the Rapid Action Battalion, maintain internal and border security. The military has some domestic security responsibilities. The security forces report to the Ministry of Home Affairs, and the military reports to the Ministry of Defence. Civilian authorities maintained effective control over the security forces. There were reports members of the security forces committed numerous abuses. Significant human rights issues included credible reports of: unlawful or arbitrary killings, including extrajudicial killings; forced disappearance; torture or cruel, inhuman, or degrading treatment or punishment by the government; harsh and life-threatening prison conditions; arbitrary arrests or detentions; political prisoners or detainees; transnational repression against individuals in another country; serious problems with the independence of the judiciary; arbitrary or unlawful interference with privacy; punishment of family members for offenses allegedly committed by a relative; serious restrictions on free expression and media, including violence or threats of violence against journalists, unjustified arrests or prosecutions of journalists, censorship, and enforcement of or threat to enforce criminal libel laws to limit expression; serious restrictions on internet freedom; substantial interference with the freedom of peaceful assembly and freedom of association, including overly restrictive laws on the organization, funding, or operation of nongovernmental organizations and civil society organizations; restrictions on refugees' freedom of movement; serious and unreasonable restrictions on political participation; serious government corruption; serious government restrictions on or harassment of domestic and international human rights organizations; lack of investigation of and accountability for gender-based violence, including domestic and intimate partner violence, sexual violence, workplace violence, child, early, and forced marriage, and other forms of such violence; crimes involving violence or threats of violence targeting members of ethnic minority groups or Indigenous people; crimes involving violence or threats of violence targeting lesbian, gay, bisexual, transgender, queer, or intersex persons; laws criminalizing consensual same-sex sexual conduct between adults; significant restrictions on inde-

pendent trade unions and workers' rights to freedom of association and collective bargaining; and existence of the worst forms of child labor. There were numerous reports of widespread impunity for security force abuses and corruption. The government took few measures to identify, investigate, prosecute, and punish officials or security force members who committed human rights abuses or engaged in corruption.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2023
https://www.state.gov/reports/2023-country-reports-on-human-rights-practices/bangladesh/

Box 6

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2023

The government intensified its crackdown on the rights to freedom of expression and peaceful assembly ahead of general elections scheduled for January 2024. Authorities used the powers in the Digital Security Act and other legislation to target journalists and human rights defenders, subjecting them to arbitrary detention and torture. There was a concerning increase in enforced disappearances and lack of accountability for deaths in custody. Occupational safety remained a distant dream for many workers. Refugees endured homelessness due to a fire in a camp and a cyclone as well as food insecurity. Rations for refugees were restricted due to the UN's acute funding shortfall. Bangladesh remained extremely vulnerable to impacts of climate change.

Quelle: Amnesty International Report April 2024
https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/7200/2024/en/

Box 7

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2024

Bewertung für Bangladesch auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:
Bürgerliche Rechte: 25/60
Politische Rechte: 15/40
Gesamtbewertung: Teilweise frei (40/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 8

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2024

The ruling Awami League (AL) has consolidated political power through sustained harassment of the opposition Bangladesh Nationalist Party (BNP) and those perceived to be allied with it, as well as of critical media and voices in civil society. Corruption is endemic, and anticorruption efforts have been weakened by politicized enforcement. Due process guarantees are poorly upheld and security forces violate human rights with near impunity. Violence and discrimination against religious minorities and refugees, particularly Rohingya who have fled Myanmar, are significant problems.

Quelle: https://freedomhouse.org/country/bangladesh/freedom-world/2024

Kommentar

Bangladesch hat alle internationalen Menschenrechtsabkommen ratifiziert; 2010 als erster Staat Südasiens das Statut des Internationalen Strafgerichtshofs. Die Sicherung grundlegender Menschenrechte ist in der Verfassung Bangladeschs festgeschrieben. In der Realität existieren in Bangladesch jedoch weiterhin schwerwiegende Menschrechtsprobleme. Medien und Menschenrechtsorganisationen berichten von willkürlichen Tötungen, Verschwindenlassen (häufig von Anhänger:innen der Oppositionsparteien), Folter, lebensbedrohlichen Haftbedingungen, willkürlichen und rechtswidrigen Festnahmen von Journalist:innen und Menschenrechtsaktivist:innen, Repressionen gegen Regierungskritiker:innen, Zensur, Eingriffen in die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Menschenhandel, Kinderarbeit, sexualisierter Gewalt gegen Frauen und der Kriminalisierung von LGBTQIA+ Personen. Teile des Militär- und Sicherheitsapparates waren während der Rohingya-Krise aktiv am Menschenhandel mit geflüchteten Frauen und Kindern beteiligt. Kontrollinstanzen wie eine nationale Menschenrechtskommission und eine Antikorruptionskommission wurden zwar eingerichtet, ihre personelle und finanzielle Ausstattung ist allerdings unzureichend.

Straflosigkeit bei Machtmissbrauch durch Sicherheitskräfte ist weit verbreitet (siehe Kapitel „Polizei und andere Sicherheitskräfte"). Das Justizwesen in Bangladesch ist von Korruption, Ineffizienz und politischer Einflussnahme geprägt. Die Gerichte sind überlastet, Verfahren dauern daher oft viele Jahre. Die Regierung Bangladeschs hat nur wenige Maßnahmen ergriffen, um Fälle von Missbrauch und Tötung durch Sicherheitskräfte zu untersuchen und strafrechtlich zu verfolgen. Im staatlichen Kampf gegen die Drogenkriminalität wurden Hunderte von Menschen Opfer außergerichtlicher Tötungen. 2018 meldete Amnesty International 466 Vorfälle mutmaßlicher außergerichtlicher Hinrichtungen, eine Verdreifachung gegenüber dem Vorjahr. Von Januar bis September 2019 wurden der inländischen Menschenrechtsorganisation Odhikar zufolge 315 Menschen bei Feuergefechten durch Sicherheitskräfte getötet. 2023 gab es laut Amnesty International 24 außergerichtliche Tötungen und 52 Fälle von „verschwinden lassen". Es gab zudem mindestens 94 Todesfälle in Haft.

Die Übergriffe auf, und Ermordungen von Journalist:innen, Akademiker:innen und Blogger:innen häufen sich. Verantwortlich hierfür sind neben kriminellen Netzwerken auch Teile des Sicherheitsapparats und der Polizei. Aus diesem und weiteren Gründen verschlechterte sich Bangladesch im Ranking des Press Freedom Index von „Reporter ohne Grenzen" in den letzten Jahren. 2021 war das Land auf Platz 162 von 180 eingestuft, im Ranking von 2024 belegt es Platz 165 und hat sich damit noch einmal etwas verschlechtert. Speziell der Digital Security Act, ein 2018 implementiertes Gesetz zur digitalen Sicherheit, hat die Arbeit von Journalist:innen, Aktivist:innen und NGOs stark beeinträchtigt. Viele wurden seither aufgrund regierungskritischer Äußerungen und angeblicher Falschinformationen festgenommen. Im September 2023 wurde dieser symbolisch aufgehoben, jedoch durch den fast identische „Cyber Security Act" ersetzt.

Die Todesstrafe ist in Bangladesch weiterhin intakt; Hinrichtungen (u. a. Tod durch den Strang) werden regelmäßig praktiziert. Laut Amnesty International wurden 2023 fünf Todesurteile vollstreckt und mehr als 248 verhangen. Viele der Gerichtsverfahren entsprachen dabei nicht den internationalen Standards für faire Gerichtsverfahren.

Trotz des parlamentarischen Regierungssystems können Wahlen in Bangladesch häufig nicht als frei und fair angesehen werden. Bei der Parlamentswahl im Dezember 2018, bei der Premierministerin Sheikh Hasina und ihre Awami League (AL) zum dritten Mal in Folge im Amt bestätigt wurden, kam es zu Unregelmäßigkeiten, darunter gefälschte Wahlzettel und die Manipulation der Wahlurnen. Wahlhelfer:innen und Wähler:innen der politischen Allianz der Opposition wurden von staatlichen Sicherheitskräften eingeschüchtert. Während des

Wahlkampfes berichteten diverse NGOs von Belästigungen, willkürlichen Verhaftungen und Gewalt gegen oppositionelle Kandidat:innen und ihre Anhänger:innen. Viele internationale Wahlbeobachter:innen erhielten für den erforderlichen Beobachtungszeitraum kein Visum. Auch die Parlamentswahlen im Januar 2024, bei denen Sheikh Hasina bzw. Awami League erneut gewannen, werden teilweise als weder als frei noch als fair eingeschätzt. Sheikh Hasina wurde im Zuge von ausufernden Studierendenprotesten (siehe den nächsten Kommentar „Spannungen und innere Konflikte") jedoch abgesetzt und floh ins Ausland. Neuwahlen sind für Ende des Jahres angesetzt.

Innere Lage im Empfängerland

Box 9

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

During the period under review, Bangladesh suffered democratic backsliding and increasing authoritarian tendencies as it faced economic challenges. Furthermore, after years of inactivity, the opposition made a resurgence on the political scene with large-scale rallies and protests in mid-2022.
Following the contentious national election in 2018, the ruling Awami League (AL) government maintained a tight grip on power, resorting to severe human rights violations such as extrajudicial killings, torture, and enforced disappearances. By exploiting oppressive laws, the AL government silenced critics, journalists, and even minors who dared to voice their dissent. The draconian Digital Security Act (DSA) of 2018 granted law enforcement agencies the authority to carry out searches and arrests without warrants while criminalizing various forms of expression. From October 2018 to August 2022, at least 2,889 individuals were accused under the DSA, with 26 of them being under 18 years old.
On December 10, 2021, the United States imposed sanctions on the Rapid Action Battalion (RAB), an anti-crime and anti-terrorism unit of the National Police, due to severe human rights abuses. In January 2022, 12 international human rights organizations jointly petitioned the United Nations (UN) to prohibit the deployment of RAB. In August 2022, a Sweden-based news outlet unveiled the potential location of a covert detention facility in Dhaka, where law enforcement officials allegedly detained and tortured victims of enforced disappearances. The legitimization of the ruling AL's authoritarian tendencies was largely based on promises of economic growth and infrastructure development.

Quelle: ***https://bti-project.org/en/reports/country-report/BGD***

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2023)

Im Jahresbericht 2023 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamt:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erzielte Bangladesch 24 von 100 möglichen Punkten (2022: 25 Punkte). Damit erzielt es genauso viele Punkte wie die Zentralafrikanische Republik, Iran, Libanon oder Simbabwe. Deutschland erzielte 78 Punkte.

Quelle: ***https://www.transparency.org/en/cpi/2023/index/bgd***

Spannungen und innere Konflikte

Bangladesch ist gekennzeichnet durch ein hohes Maß an gesellschaftlicher Spaltung und politischer Polarisierung. Die Nichtregierungsorganisation ACLED (Armed Conflict Location & Event Data Project) beschreibt das in Bangladesch vorherrschende Klima als eine „toxisch politische Feindseligkeit", im Zuge derer Gewalt zwischen den politischen Gegner:innen häufig vorkommt. Das ist vor allem auf die starken Rivalitäten zwischen den zwei großen Parteien – der säkularen, sozialistischen Awami-Liga (AL) und der nationalistischen, islamisch orientierten Bangladesh Nationalist Party (BNP) – zurückzuführen. Besorgniserregend sind jedoch Spannungen infolge des Konflikts zwischen der Regierung und indigenen Bevölkerungsgruppen in den Chittagong Hill Tracts sowie neue Konflikte, die durch die Flucht der Rohingya aus dem Nachbarland Myanmar entstehen.

Nach der Unabhängigkeit von Pakistan im Jahre 1971 eskalierten 1977 in Bangladesch die Spannungen in den Chittagong Hill Tracts, einer Provinz im Südosten des Landes. Daraus entwickelte sich ein 20 Jahre währender Gewaltkonflikt. Der Ursprung dieses Konflikts liegt in den 1960er Jahren, als Bangladesch noch zu Pakistan gehörte. Im Zuge des Baus der Kaptai-Talsperre wurden tausende indigene Einwohner:innen in der Region vertrieben, ohne hierfür je eine Entschädigung zu erhalten. Traditionell sind in den Chittagong Hill Tracts die Jumma ansässig, eine Sammelbezeichnung für unterschiedliche indigene Stämme, die sich von den Bengal:innen in sprachlicher, kultureller, religiöser und ethnischer Hinsicht unterscheiden. Zur politischen Vertretung dieser indigenen Gruppen gründete sich 1972 die Parbatya Chattagram Jana Samhati Samiti (PCJSS), in deren Struktur unter dem Namen Shanti Bahini auch eine bewaffnete Miliz integriert wurde. 1977 griff diese einen bangladeschischen Militärkonvoi an. Es folgten Angriffe auf Polizist:innen und Soldat:innen. Die Regierung reagierte mit Gegengewalt. In der Folge kam es zwischen 1977 und 1997 bei beiden Konfliktparteien zu erheblichen Verlusten. Staatlichen Angaben zufolge hat die Shanti Bahini allein zwischen 1980 und 1991 mehr als tausend Menschen getötet; mehr als 500 Menschen wurden entführt. Im Rahmen der staatlichen Aufstandsbekämpfung wurden die Jumma Opfer politisch motivierter Verfolgung. Tausende Jumma wurden von den Militär- und Sicherheitskräften inhaftiert, gefoltert, vergewaltigt und getötet.

In den 1980er Jahren hatte die Regierung zudem damit begonnen, Bengal:innen in den Chittagong Hill Tracts anzusiedeln. Dies führte zu einer weiteren Vertreibung der indigenen Bevölkerungsgruppen. Heute ist die Mehrheit der Bevölkerung in den Chittagong Hill Tracts bengalischer Herkunft. Das im Dezember 1997 von der Regierung und der PCJSS unterzeichnete Friedensabkommen ist bis heute nicht vollständig implementiert und Spannungen in den Chittagong Hill Tracts bestehen weiterhin. Kommt es in der Region zu Konflikten oder gewaltsamen Auseinandersetzungen, bspw. bei Streitigkeiten um Grundstücke von Jumma, setzt die Regierung auch das Militär ein, um die indigenen Gruppen zu unterdrücken. Das Maß an Gewalt, insbesondere sexueller Gewalt, durch das Militär ist hoch. Amnesty International dokumentierte 2014 bspw. 117 Frauen und Mädchen indigener Abstammung, die physischen und sexuellen Missbrauch erfahren haben – mit dem Verweis darauf, dass dies nur die gemeldeten Fälle sind. Im Jahresbericht 2021 verweist die Organisation vor allem auf Fälle von außergerichtlichen Tötungen, Misshandlungen und Hausdurchsuchungen in der Region.

Für Spannungen sorgt auch die Vertreibung der Rohingya seit dem Ende der 1970er Jahre. Die seit Jahrhunderten in Myanmar ansässige ethnisch-sprachliche und religiöse Minderheit ist bereits seit dem Militärputsch von 1962 im damaligen Birma Ziel von Diskriminierung und Verfolgung. Seither hat das Militär Myanmars diverse Operationen zur gezielten Vertreibung der seit dem Staatsbürgerschaftsgesetz 1982 staatenlosen Rohingya unternommen. Hun-

derttausende Rohingya, die Myanmar als „illegale Einwanderer:innen aus Bangladesch" bezeichnet, wurden seither vertrieben. Im Herbst 2017 ging das Militär Myanmars erneut brutal gegen die Rohingya vor. Der versuchte Genozid, bei dem „Ärzte ohne Grenzen" zufolge mindestens 6.700 Rohingya getötet wurden, war eine Reaktion auf die Anschläge der Rohingya-Miliz ARSA im August 2017. Regierungsangaben zufolge wurden bei dem Überfall auf dutzende Polizei- und Militärposten zwölf Sicherheitskräfte getötet. Die Armee reagierte mit äußerster Brutalität und ging gegen die gesamte Rohingya-Bevölkerung vor. Ganze Dörfer wurden bombardiert und niedergebrannt. Der Großteil der Überlebenden flüchtete nach Bangladesch. 2018 und 2019 kam es erstmals zu Rückführungen nach Myanmar. Viele Rohingya sind jedoch erneut geflohen, da Myanmar ihnen weder Schutz noch Rechte gewährt. Aktuell befinden sich etwa 960.000 geflüchtete Rohingya in Bangladesch (Stand: August 2024). Ihre Lebenssituation in den insgesamt 34 überfüllten Lagern ist prekär. Die lokale Bevölkerung steht der Aufnahme der Rohingya zunehmend kritisch gegenüber, u. a. da Ackerland und Viehzuchtgebiete Siedlungen für Geflüchtete weichen müssen. In der Folge kommt es zu Konflikten zwischen den Einheimischen und Rohingya, vermehrt auch zu Spannungen unter den Geflüchteten. Im Dezember 2020 hat die bangladeschische Regierung begonnen, hunderte Rohingya vom Festland auf die bisher unbewohnte Insel Bhashan Char umzusiedeln. Die Insel ist erst in den letzten Jahren in Folge von Schlickablagerungen im Mündungsdelta des Flusses Meghna entstanden und während der Monsunsaison Stürmen und Überflutungen ausgesetzt. Hilfsorganisationen kritisieren, dass es keinen Zugang zu nachhaltigen Lebensgrundlagen, Bildung und ärztlicher Versorgung gibt. Insgesamt sollen laut Regierungsaussagen bis zu 100.000 Menschen dort angesiedelt werden – laut UNO wurden seit 2021 rund 35.000 Menschen umgesiedelt. Es gibt Berichte, dass Sicherheitskräfte dabei mit Gewalt vorgehen. Sowohl in den Flüchtlingslagern als auch auf der Insel Bhashan Char sind die geflüchteten Rohingya sehr stark in ihren Rechten und Möglichkeiten eingegrenzt und in erhöhtem Maß Naturkatastrophen ausgesetzt.

Im Juli 2024 kam es zu monatelangen Massenprotesten, die insb. durch Straßenblockaden von Studierenden ausgelöst wurden und gegen ein Urteil des Obersten Gerichtshofs gerichtet waren, welches eine umstrittene Quotenregelung für Staatsbedienstete wieder eingeführt hatte. Die Regelung ist bereits länger ein Politikum – bereits 2013 und 2018 hatte es Demonstrationen im Kontext der Quotenregelung gegeben. Diese sah zuletzt die Vergabe von einem Drittel von Regierungsstellen an Unabhängigkeitskämpfer:innen und deren Familien vor. Trotz, dass die Regelung bereits am 21. Juli erneut gekippt wurde (zumindest wurden einige Quoten zurückgenommen oder Prozentwerte angepasst) und die Proteste zunächst friedlich verliefen, eskalierte die Situation. Die Proteste richteten sich zunehmend auch gegen den autoritären Führungsstil Hasina Sheikhs, welche die Protestierenden als „Verräter" bzw. „Razakar-Sympathisanten" (ein stark belasteter Begriff bzgl. Kollaborateuren im Unabhängigkeitskrieg) titulierte und damit die Stimmung anheizte. Zudem soll es Übergriffe mit Stöcken und Steinen seitens der Protestierenden gegeben haben, auf die die Polizei ebenfalls eskalierend reagierte und Gummigeschosse und Tränengas einsetzte. Am 18 Juli sperrten die Behörden den Internetzugang und verhängten eine landesweite Ausgangssperre – zudem wurde die Armee eingesetzt und erhielt einen Schießbefehl. Bis Anfang August soll es bis zu 300 Tote und, verschiedenen Quellen zufolge, zwischen 2.000 und 10.000 Festnahmen gegeben haben. Ein aktueller UN-Bericht geht von mehr als 600 getöteten Menschen aus. Letztlich trat Hasina Sheikh zurück und floh ins Exil. Derzeit regiert eine Übergangsregierung, welcher unter anderem auch ehemalige Anführer:innen der Protestbewegung angehören.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Bangladesch liegt in Südasien und verfügt über eine Fläche von 147.570 km². Es grenzt im Südosten an Myanmar und wird im Übrigen von den indischen Bundesstaaten Meghalaya, Tripura, Westbengalen, Mizoram und Assam umschlossen. Die Gesamtlänge der Grenze zu Indien beträgt 4.246 km. Im Süden besitzt das Land eine rund 580 km lange Küstenlinie am strategisch wichtigen und territorial umstrittenen Golf von Bengalen, der zum indischen Ozean gehört. Mit rund 173 Millionen Einwohner:innen ist Bangladesch das achtbevölkerungsreichste Land der Welt. Gleichzeitig weist das Land unter den Flächenstaaten die höchste Bevölkerungsdichte auf.

Politische Situation in der Region

Bangladesch liegt in einer konfliktträchtigen Region. Der bedeutendste regionale Konflikt mit Potential zur nuklearen Eskalation ist der Kaschmir-Konflikt zwischen Indien und Pakistan. Dieser Konflikt, in dem die Zugehörigkeit des Kaschmirgebiets zentral ist, besteht seit Gründung der beiden Staaten Indien und Pakistan (1947) und drohte in der Vergangenheit mehrfach zu einem Krieg zu eskalieren. Dies hätte verheerende Folgen, da beide Staaten über Nuklearwaffen verfügen. Indien wirft Pakistan unter anderem vor, in Indien aktive terroristische Organisationen zu unterstützen und fordert ein Ende dieser Unterstützung ebenso wie der Unterstützung kaschmirischer Separatist:innen. Pakistan hingegen fordert eine Volksabstimmung über die Zukunft Kaschmirs, da der Verlust des größtenteils muslimisch geprägten Gebiets als Bedrohung der islamischen Identität des Staates wahrgenommen wird.

Über die Rivalität zwischen Indien und Pakistan hinaus ist die Lage in Südasien durch viele innerstaatliche Konflikte gekennzeichnet. In Pakistan kommt es wiederholt zu zahlreichen Attentaten gegen westliche Staatsbürger:innen und pakistanische Christ:innen. Nepal wurde bis 2006 durch einen maoistischen Aufstand und interne Streitereien innerhalb der Machtelite destabilisiert. In Sri Lanka endete erst 2009 ein jahrzehntelanger Bürgerkrieg durch einen militärischen Sieg der Regierung gegen die LTTE („Tamil Tigers") und noch im Jahr 2022 musste der Präsident des Landes aufgrund von Massenprotesten ins Exil fliehen.

Auch in Myanmar kommt es seit der Unabhängigkeit 1948 zu Kämpfen zwischen der Armee und bewaffneten Gruppen. Über 20 ethnische Gemeinschaften kämpfen, besonders im Kachin- und im Shan-Staat, für mehr Autonomie und Selbstbestimmung. Im Norden des Rakhine-Staates kämpft die Arakan Rohingya Salvation Army (ARSA) für die Rechte der muslimischen Rohingya. Im Herbst 2017 attackierten ARSA-Kämpfer:innen dutzende Polizei- und Militärposten in Rakhine. Dabei starben 12 Sicherheitskräfte. Der Angriff ließ den schwelenden Konflikt eskalieren und das Militär ging in der Folge mit äußerster Brutalität gegen die gesamte Rohingya-Bevölkerung vor. Tausende Menschen starben; fast eine Millionen flüchteten nach Bangladesch. Seit Januar 2019 ist mit der Arakan Army (AA) ein weiterer Akteur auf den Plan getreten. Auch die AA, die zwischen 5.000 und 10.000 Kämpfer:innen zählt, mehrheitlich buddhistische Rakhine, wurde von der Regierung Myanmars im März 2020 als terroristische Gruppe eingestuft. Die andauernden Kämpfe hatten sich auch auf den südlichen Teil des Chin-Staates ausgeweitet. Infolge der Kampfhandlungen flüchteten tausende Menschen über die bangladeschische, thailändische und chinesische Grenze oder leben als Binnenvertriebene in Lagern. Der Militärputsch im Februar 2021 sorgte für weitere Konflikteskalationen in Myanmar, die AA wurde im März desselben Jahres jedoch wieder von der Liste der terroristischen Vereinigungen gestrichen.

Die Volksrepublik China unterdrückt die Unabhängigkeitsbestrebungen Tibets, dessen Exilregierung sich in Indien befindet. Seit Jahren gibt es Streit um den Grenzverlauf zwischen dem indischen Hochgebirgs-Territorium Ladakh und der von China kontrollierten Autonomen Region Tibet. Beide Seiten werfen sich gegenseitig vor, den vereinbarten Grenzverlauf zu verletzen. Bei Zusammenstößen entlang der inoffiziellen Grenzlinie kamen im Juni 2020 mindestens 20 indische Soldat:innen sowie einige chinesische Soldat:innen ums Leben. Es war der schlimmste Grenzzwischenfall zwischen den beiden Atommächten seit dem Krieg im Jahr 1962, den China gewonnen hatte. Seither kam es vereinzelt erneut zu Provokationen und Warnschüssen an der Demarkationslinie. In der Grenzregion sind rund 100.00 Soldat:innen stationiert, womit der Konflikt von der International Crisis Group noch im Juni 2024 als einer der gefährlichsten Krisenherde der Welt kategorisiert wurde.

Grenzkonflikte

Seine Anerkennung als unabhängiger Staat erhielt Bangladesch – das ehemalige Ostpakistan – 1971 infolge eines neunmonatigen Krieges mit Westpakistan, dem heutigen Pakistan. Im Rahmen des Unabhängigkeitskrieges begingen westpakistanische Militärs und Milizen der islamistischen Partei Jamaat-e-Islami einen Genozid, im Zuge dessen der bangladeschischen Regierung zufolge drei Millionen Menschen getötet, 250.000 Frauen vergewaltigt und 30 Mio. Menschen aus ihren Häusern vertrieben wurden. Der Ursprung des Konflikts liegt in der Aufteilung des britisch-indischen Kolonialreiches, im Zuge dessen 1947 Indien und Pakistan entstanden. Letzteres setzte sich aus zwei Teilen – West- und Ostpakistan – zusammen, welche geografisch durch Indien getrennt waren. Westpakistan beanspruchte hierbei die politische Führung beider Landesteile. Obwohl das mehrheitlich bengalische Ostpakistan gut die Hälfte der Bevölkerung ausmachte, war es in der staatlichen und militärischen Führung deutlich unterrepräsentiert. Kulturelle und ökonomische Unterschiede innerhalb der zwei Landesteile befeuerten die Spannungen zusätzlich. Der Unabhängigkeitskrieg endete im Dezember 1971 mit der Kapitulation Westpakistans. Am 16. Dezember 1971 erlangte Ostpakistan völkerrechtlich die Unabhängigkeit und benannte sich um in Bangladesch. 1974 wurde Bangladesch offiziell von Pakistan anerkannt.

Indien hatte die Unabhängigkeitsbewegung im Krieg mit Westpakistan unterstützt. Dennoch gab es auch zwischen Indien und Bangladesch in der Vergangenheit zahlreiche Territorialstreitigkeiten, die ihren Ursprung ebenfalls in der Aufteilung des britisch-indischen Kolonialreiches haben. Eine Folge dessen war ein komplexer Grenzverlauf mit über 160 Enklaven auf beiden Seiten der Grenze, in denen mehr als 50.000 Menschen lebten. Nach der bangladeschischen Unabhängigkeit gab es 1974 Regelungsbemühungen zwischen Bangladesch und Indien: Beide Staaten unterzeichneten einen Grenzvertrag, den das bangladeschische Parlament ratifizierte, das indische Parlament jedoch nicht. Ab 1989 begann Indien mit dem Bau eines tausende Kilometer langen Stacheldrahtzauns entlang der gemeinsamen Grenze, an der jährlich hunderte Menschen durch Schusswaffengebrauch der Grenzsicherheitskräfte getötet wurden. 2015 wurde der Jahrzehnte währende Grenzkonflikt mit einem auf Landtausch basierenden Abkommen beigelegt. Indien trat seine 111 Enklaven in Bangladesch ab, welches wiederum seine 51 Enklaven in Indien abtrat. Zusätzlich verzichtete Indien auf 9,17 Quadratkilometer Gebiet und Bangladesch auf 11,23 Quadratkilometer Land. Zwischen Bangladesch und Indien gab es auch Streitigkeiten um die maritime Grenze im Golf von Bengalen. Diese wurden jedoch nach mehreren bilateralen Verhandlungen mit einem Urteil des Ständigen Schiedshofes in Den Haag im Jahr 2014 friedlich beigelegt.

Ein weiterer, bisher ungeklärter, Konflikt dreht sich um die Verteilung des Wassers des Teesta-Flusses, der im Himalaya entspringt und durch beide Länder fließt. Bevölkerungen

beider Länder sind abhängig von dem Fluss. Ein im Jahr 2011 ausgearbeitetes Interimsabkommen (für 15 Jahre) über die Verteilung der Gewässer trat nie in Kraft, sodass der Konflikt immer wieder Gegenstand von Verhandlungen und Debatten ist.

Auch in den Beziehungen zum Nachbarstaat Myanmar spielten maritime Streitigkeiten eine Rolle. Überlappende Besitzansprüche auf Öl- und Gasressourcen an der umstrittenen Seegrenze im Golf von Bengalen hatten viele Jahre zu diplomatischen und militärischen Konflikten geführt, die im März 2012 durch eine Entscheidung des Internationalen Seerechtstribunals beigelegt wurden. Neben Fragen maritimer Grenzen ist das Verhältnis zwischen Bangladesch und Myanmar aber auch gekennzeichnet von Problemen an der gemeinsamen Landesgrenze. Bereits 1978 gab es schwere politische Reibungen durch die Vertreibung von etwa 200.000 arakanesischen Muslim:innen nach Bangladesch. Dieser Konflikt konnte durch diplomatische Gespräche innerhalb von drei Monaten gelöst werden. Dennoch überquerten 1991 erneut eine Viertelmillion Geflüchtete aus dem Rakhine-Staat die Grenze und suchten Schutz in Bangladesch. Dhaka gelang es, den Großteil der Geflüchteten bis Mitte des Jahres 1996 zurückzuführen. Seit der erneuten massenhaften Vertreibung der Rohingya 2017 (siehe „Spannungen und innere Konflikte") ist das Verhältnis zwischen den Nachbarstaaten wieder von schweren Vorwürfen geprägt. Die ehemalige Premierministerin Hasina Wajed verurteilte die vom Militär Myanmars verübten Gräueltaten gegen die ethnische Minderheit der Rohingya als Genozid. Fast eine Millionen Menschen sind seither über den Grenzfluss Naf in das benachbarte Bangladesch geflohen. Immer wieder kommt es an der Grenze zu Schüssen von myanmarischen Grenzposten auf Geflüchtete, die auf dem Weg nach Bangladesch sind. Im November 2018 bspw. soll Myanmars Grenzschutz das Feuer auf das Territorium Bangladeschs eröffnet und dabei zwei Menschen verletzt haben.

Regionale Rüstungskontrolle

Es gibt keine regionalen Rüstungskontrollvereinbarungen oder Verhandlungen.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Gegenwärtig sind keine Streitkräfte alliierter Staaten in Bangladesch stationiert. Im Zuge der internationalen Beobachtermission UNMOGIP sind lediglich einige Militärbeobachter:innen (Stand: Juli 2024) aus Tschechien (1), Schweden (2), Rumänien (2), Italien (2), der Schweiz (3) und Kroatien (8) in der Region Kaschmir stationiert, um den Territorialkonflikt zwischen Indien und Pakistan zu beobachten.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13
Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Bangladesch ist den wichtigsten internationalen Abkommen zur Bekämpfung von Terrorismus beigetreten. Im Zuge dessen hat das Land seine Anti-Terror-Gesetze verschärft und Regeln zur Eindämmung der Terrorismusfinanzierung erlassen. Auf regionaler Ebene koordiniert Bangladesch die Terrorismusbekämpfung mittlerweile im Zuge der „Bay of Bengal Initiative for Multi-Sectoral Technical and Economic Cooperation (BIMSTEC)" mit den umliegenden Nachbarstaaten.

Seit vielen Jahren kommt es in Bangladesch zu terroristischen Gewalttaten. 2005 detonierten bei einer Anschlagserie zeitgleich rund 500 kleinere Sprengsätze. Die Regierung ging danach erstmals verstärkt gegen islamistische Gruppierungen vor. Sowohl Harakat ul-Jihad-i-Islami/Bangladesh (HuJI-B; 1992 gegründet) als auch Jamaat-ul-Mujahideen Bangladesh (JMB; 1998 gegründet) wurden verboten, einige ihrer führenden Personen verhaftet und hingerichtet. 2013 wurde das Ansarullah Bangla Team (ABT), der regionale Ableger von Al-Qaida in Bangladesch, gegründet. Ansar al-Islam (AAI) gilt als Nachfolger der mittlerweile zerschlagenen ABT.

Seit 2015 erlebt das Land eine Zunahme an Terroranschlägen, insbesondere mit Bezügen zu international operierenden Gruppen. Der sogenannte Islamische Staat (IS) verübte 2016 u. a. den international am stärksten beachteten Terroranschlag auf ein Café im Diplomat:innenviertel der Hauptstadt Dhaka. Dabei starben 29 Menschen. Der Anschlag zog eine landesweite Verhaftungswelle nach sich; insgesamt wurden dabei 5.325 Personen festgenommen, von denen 85 einen radikal-islamistischen Hintergrund gehabt haben sollen. 2019 kam es in Bangladesch zu sechs IS-Anschlägen mit improvisierten Sprengkörpern auf die Polizei. Neben dem IS und AQIS sind auch andere islamistische Gruppierungen in Bangladesch aktiv.

Durch den hohen Fahndungsdruck gab es in letzter Zeit jedoch kaum noch Aktionen von Terrororganisationen wie HuJI-B und JMB. Der IS scheint über die Zusammenarbeit mit lokalen bangladeschischen Terrorgruppen die Möglichkeit zu nutzen, seine Netzwerke in den angrenzenden indischen Bundesstaat Westbengalen hinein auszudehnen.

Seit 2022 kommt es zudem immer wieder zu Schusswechseln mit Sicherheitskräften, bewaffneten Überfällen (etwa von Banken) oder Anschlägen durch die relativ neu gegründete Kuki-Chin National Front (KNF) in den Chittagong Hill Tracts. Die Gruppierung wurde 2022 über eine Social Media Gruppe bekannt und verfolgt demnach sezessionistische Ziele. Mindestens neun größere Anschläge soll die Gruppierung in den letzten zwei Jahren bereits verübt haben.

Eine wesentliche Triebfeder der islamistischen Gruppen ist die aus ihrer Sicht zu große Nähe der Regierung zum Westen. So wird etwa die Beteiligung an VN-Missionen in islamisch geprägten Ländern als eine Unterstützung der westlichen „Kreuzfahrer" angesehen.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Bangladesch unterzeichnete 2011 die VN-Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität aus dem Jahre 2003, hat bislang allerdings u. a. das Zusatzprotokoll gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen nicht unterzeichnet.

Seit dem Ausbruch der Krise um die Vertreibung der Rohingya im August 2017 floriert an der östlichen Landesgrenze der illegale Handel mit Drogen. Myanmars westlicher Rakhine-Staat ist für die gesamte Region Südasien mittlerweile zu einem Hauptumschlagplatz für Rauschmittel geworden.

Die Netzwerke und Routen des illegalen Drogenhandels werden auch für den illegalen Handel mit Waffen genutzt. Die Stadt Cox Bazar und die benachbarte Region Chittagong, in der sich viele große Flüchtlingslager befinden, dienen als Umschlagplatz auf einer strategischen Route des illegalen Waffenhandels nach Indien und Nepal, um die Gebirgszüge in Nord-Myanmar zu umgehen. Die indische United Liberation Front of Assam (ULFA) – eine aufständische Gruppe, die die Unabhängigkeit von Indien anstrebt – kaufte bspw. Waffen von China und schmuggelte sie wiederholt vom Hafen in Cox Bazar über den Landweg nach Indien.

Im Zuge des internationalen Menschenhandels werden Menschen aus Bangladesch zur Zwangsarbeit nach Indien, in die Golfstaaten und übers Meer nach Südostasien geschmuggelt. Frauen landen dabei oft in der Zwangsprostitution, Männer auf dem Bau. Die größte Zahl an Menschen gelangt über die poröse, stellenweise sehr schwer zu überwachende Grenze nach Indien. Insbesondere zum indischen Gliedstaat Westbengalen gibt es in Bangladesch, dem ehemaligen Ostbengalen, rege Kontakte. Ermöglicht wird der illegale Handel an der schwer bewachten Grenze insbesondere durch korrupte Grenzpolizist:innen.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten (mit Einschränkung)	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1950	Beigetreten (mit Einschränkung)	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Bangladesch hat zuletzt im Jahr 2010 an das Waffenregister der Vereinten Nationen berichtet. Seither gibt es nur sporadisch Informationen zu den Importen des Landes mittels der Berichte von Handelspartnern. Den internationalen Waffenhandelsvertrag hat Bangladesch zwar bereits im September 2013 unterzeichnet, allerdings bislang nicht ratifiziert. Dementsprechend hat das Land hierfür noch keine Berichte eingereicht. Im Rahmen des Programme of Action on small arms and light weapons berichtete Bangladesch jedoch zuletzt 2024.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Bangladesch beteiligt sich am VN-Aktionsprogramm zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen und hat Gesetze erlassen, welche die Ein- und Ausfuhr von Waffen regulieren. Trotz der auf dem Papier existierenden Standards und verstärkter Anstrengungen der nationalen Sicherheitsbehörden bleibt die illegale Verbreitung, insbesondere von Klein- und Leichtwaffen, in Bangladesch und den Grenzregionen mit Indien und Myanmar ein großes Problem. Mehr als 400.000 illegale Kleinwaffen sind in Bangladesch im Umlauf, die u. a. auf den Schwarzmärkten in Dhaka und Cox' Bazar gehandelt werden. Zu den lokalen Käufer:innen zählen Links- und Rechtsextremist:innen, islamistische Terrororganisationen, kriminelle Organisationen, politische Kader und die Aufständischen der Chittagong Hill Tracts. Auch viele Zivilpersonen decken sich aufgrund des Misstrauens gegenüber den örtlichen Sicherheitsbehörden zum persönlichen Schutz mit Pistolen und Gewehren ein. Rund 660.000 legale und illegale Kleinwaffen sind schätzungsweise

im Besitz von Privatpersonen. Kleine Geheimgeschäfte und Fabriken auf der Insel Moheshkhali stellen billige Kleinwaffen für lokale Käufer:innen her.

Auch aus den Polizeibehörden und Militärbeständen stammen Teile der illegal in Bangladesch gehandelten Waffen. Insbesondere im Bereich der Klein- und Leichtwaffen ist das Risiko hoch, dass Waffen aus staatlichen Arsenalen verschwinden und über den Schwarzmarkt und Schmuggel in den Händen nicht-staatlicher Gewaltakteure im In- und Ausland landen. Eine große Rolle spielt hierbei die hohe Korruption im Polizei- und Militärsektor. Sie ist maßgeblich dafür verantwortlich, dass Bangladesch als Transitland für Waffenhändler:innen aus dem gesamten asiatischen Raum von Bedeutung ist.

Im Zuge der Massenproteste Mitte 2024, im Zuge dessen Hasina Sheikh zurückgetreten ist, kam es zur Plünderung von mehreren (mindestens 22) Polizeistationen. Das genaue Ausmaß an geplünderten Waffen ist unklar, es wurden durch ein Amnestie-Programm (Rückgabe ohne Bestrafung), die bis zum 03.09.2024 lief, jedoch mehr als 3.700 Waffen sichergestellt – mehr als 2.000 fehlen allerdings weiterhin.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 10

Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

With inflation reaching its highest point in a decade and foreign exchange reserves dwindling, Bangladesh encountered economic difficulties during this review period. To tackle budget deficits and balance of payment issues, the country sought a $4.5 billion loan from the International Monetary Fund (IMF) and a $1 billion loan from the World Bank. Bangladesh also requested financial support for the budget deficit from other international organizations, including the Asian Development Bank (ADB) and the Japan International Cooperation Agency (JICA). Recently, the World Bank revised its economic growth forecast down for Bangladesh in the fiscal year 2022/23.

As was the case for all countries in the region, the review period was significantly impacted by the COVID-19 pandemic. Bangladesh detected its first case of COVID-19 in March 2020. By January 2023, the official records tallied 2.03 million confirmed cases and 29,443 deaths. Multiple waves of the pandemic brought about economic hardships for citizens and dealt a blow to the overall economy. To counteract these effects, the government unveiled 28 stimulus packages amounting to $22.1 billion, equivalent to around 6.2% of the country's Gross Domestic Product (GDP) for the fiscal year 2021.

Under pressure from the international community, particularly the U.S. sanctions targeting the RAB, and fueled by public anger over soaring prices of essential goods and energy, the opposition found an opportune moment for its resurgence. The primary opposition party, the Bangladesh Nationalist Party (BNP), arranged 10 divisional rallies between July and December 2022. Despite government-imposed transportation disruptions and a crackdown on opposition activists, these rallies drew significant participation. On December 10, 2022, six BNP parliament members resigned. Over the final four months of 2022, 10 BNP members were reportedly killed by police gunfire during protests against inflation and in favor of elections under an impartial and nonpartisan government.´

Quelle: ***https://bti-project.org/en/reports/country-report/BGD***

Tabelle 16

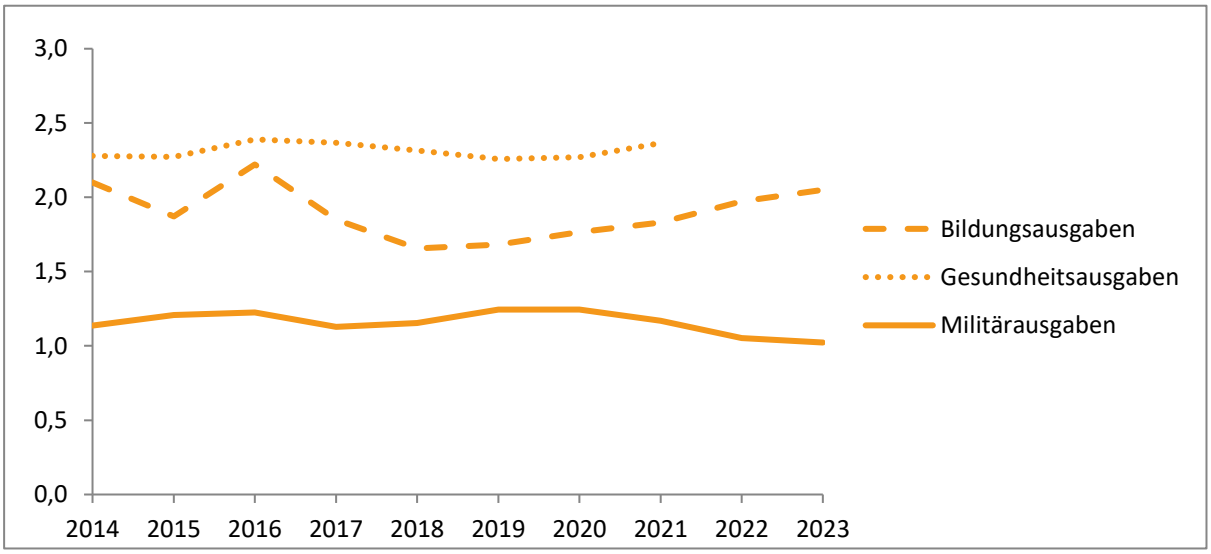
Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)

	2019	2020	2021	2022	2023
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	4723	4803	4758	4474	4460
Militärausgaben/BIP	1,2	1,2	1,2	1,1	1,0
Gesundheitsausgaben/BIP	2,3	2,3	2,4	-	-
Bildungsausgaben/BIP	1,7	1,8	1,8	2,0	2,0

Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.
Quellen: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2018	2019	2020	2021	2022
Auslandsverschuldung	57125	62468	73551	91478	97012
Anteil am BIP (in Prozent)	17,8	17,8	19,7	22	21,1

	2018	2019	2020	2021	2022
Öffentliche Entwicklungszusam-menarbeit (ODA)*	2261,65	2452,34	2884,76	3089,4	3584,04
Net ODA (% of GNI)*	0,7	0,69	0,82	0,78	-
Deutsche ODA Zahlungen*	119,44	136,46	165,91	125,33	192,4

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US$ (2022); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US$ (2022).
Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2019	2020	2021	2022	2023
Militarisierungswert	71,5	71,4	68,9	66,7	66,7
Index-Platzierung	117	117	117	121	119

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2019	2020	2021	2022	2023
Indien	Militarisierungswert	101,7	103,4	98,6	96,6	97,9
	Index-Platzierung	75	77	81	80	78
Myanmar	Militarisierungswert	129,1	141,2	150,6	148,1	135,8
	Index-Platzierung	50	37	29	29	42

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)
Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2024.
https://gmi.bicc.de/ranking-table

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2019	2020	2021	2022	2023
Indien	Militärausgaben (absolut)	76621	77085	76597	79977	83334
	Militärausgaben/BIP	2,5	2,8	2,5	2,4	2,4
Myanmar	Militärausgaben (absolut)	2280	3220	3786	3732	3563

	2019	2020	2021	2022	2023
Militärausgaben/BIP	2,2	3,0	4,3	4,1	3,8

Angaben in konstanten Mio. US$ (2022).
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2018	2019	2020	2022	2023
HDI-Wert	0,636	0,646	0,657	0,662	0,670

Quelle: https://hdr.undp.org/data-center/specific-country-data#/countries/BGD
Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar

Zusammenfassung:
Bangladesch gehört der Weltbank zufolge zu den Ländern mit einem niedrig-mittlerem Einkommen („lower-middle income economies"). Auf dem Global Competitiveness Index von 2019 erzielte es 52,1/100 Punkte und belegte damit Platz 105 unter 141 Staaten. Seit 1975 gehört Bangladesch zu der von den UN geführten Liste der „Least Developed Countries" (LDC). Die Gefahr, dass Rüstungsexporte nach Bangladesch die wirtschaftliche und vor allem soziale Entwicklung im Land negativ beeinflussen könnten, ist gegeben. Auf Basis von Kriterium 8 des Gemeinsamen Standpunktes, sind Rüstungsexporte nach Bangladesch als zumindest „möglicherweise kritisch" einzuschätzen, da sie die Entwicklung des Landes negativ beeinflussen könnten. Um die positive Entwicklung des Landes nicht zu gefährden, sollten Rüstungsexporte sehr kritisch geprüft werden.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 2.860 US-Dollar (2023) gehört Bangladesch der Weltbank zufolge gegenwärtig zu den Ländern mit niedrig-mittlerem Einkommen („lower-middle income economies"). Die Auslandsverschuldung gemessen am BIP betrug 2022 21,1 Prozent und Bangladesch schuldet dem Internationalen Währungsfonds aktuell fast 1,4 Mrd. US-Dollar. In jüngerer Zeit hat es rund 18 Mio. US-Dollar an ihn zurückgezahlt. Auf dem Global Competitiveness Index von 2019 erreichte das Land 52,1 von 100 möglichen Punkten. Damit belegte es Rang 105 unter 141 Staaten. Auf demselben Ranking lag Deutschland 2019 auf Platz 7.

Zwar ist die Wirtschaft Bangladeschs seit 2008 um durchschnittlich mehr als sechs Prozent pro Jahr gewachsen, 2020 brach das Wachstum des BIP laut Weltbank jedoch deutlich ein und erreichte nur noch 3,4 Prozent (2019: 7,9 Prozent). Der Rückgang ist auf die Folgen der COVID-19-Pandemie zurückzuführen, zeigt jedoch wie anfällig die Wirtschaft Bangladeschs ist. Seit dem Jahr 2022 haben sich die Exporte und Konsumausgaben jedoch weitestgehend erholt. Bereits 2021 lag das BIP-Wachstum wieder bei 6,9 Prozent, 2022 dann bei 7,1 Prozent.

Zurückzuführen ist das hohe Wirtschaftswachstum insbesondere auf eine zunehmende industrielle Produktion. Der Anteil der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei am BIP ist im letzten Jahrzehnt kontinuierlich gesunken: Lag er 2013 noch bei 15,5 Prozent, betrug er 2023 nur noch 11 Prozent.

Soziale Entwicklung

Bangladesch nimmt auf dem Human Development Index (HDI) 2023 Platz 129 von 193 Ländern ein. Mit einem HDI-Wert von 0,670 gilt Bangladesch in den HDI-Kategorien als Land mit „mittlerer menschlicher Entwicklung". Obwohl seit 1990 (HDI-Wert von 0,399) eine deutliche Verbesserung zu verzeichnen ist liegt das südasiatische Land im regionalen Vergleich noch immer hinter Sri Lanka, Bhutan und den Malediven. Deutschland lag 2023 auf dem siebten Platz. Dem Gender Development Index zufolge zählt Bangladesch, wie das Nachbarland Indien, 2023 zur Gruppe der Länder mit niedriger Geschlechtergleichheit in den HDI-Ergebnissen. Bangladesch gehört seit 1975 zu der von den UN geführten Gruppe der LDC („Least Developed Countries"); es soll voraussichtlich am 24. November 2026 in die Kategorie der „Moderately Developed Countries" aufsteigen.

Die Arbeitslosigkeit lag im Jahr 2023 bei 5,1 Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit lag 2023 hingegen bei 15,7 Prozent (ILO-Schätzungen). Im Jahr 2022 lebten 5 Prozent der Menschen in Bangladesch mit weniger als 2,15 US-Dollar am Tag in extremer Armut; 30 Prozent lebten von weniger als 3,65 US-Dollar am Tag. Somit steht Bangladesch hinsichtlich der Erreichung von Sustainable Develoment Goal (SDG) 1 („no poverty") dem Sustainable Develoment Report zufolge vor signifikanten Herausforderungen. Gerade letzter Prozentanteil ist äußerst bedenklich. Mit einer Müttersterblichkeit von 215/100.000 (2017) und einer Säuglingssterblichkeit von 24/1.000 (2022) steht es auch hinsichtlich SDG 3 („good health and well-being") vor erheblichen Herausforderungen. Ebenso gibt es erhebliche Herausforderungen u. a. in Hinblick auf SDG 6 („clean water and sanitation"), signifikant herausgefordert wird Bangladesch auch hinsichtlich Geschlechtergleichheit (SDG 5) und hinsichtlich der Bekämpfung von Hunger (SDG 2). 40 Millionen Menschen sind in Bangladesch laut Welternährungsprogramm dennoch weiterhin unterernährt. Bangladeschs Bevölkerung ist sehr jung und wächst jährlich um circa ein Prozent. Auf dem Gini-Index, der die Ungleichheit in einem Land misst, erzielte Bangladesch 2022 einen Gini-Koeffizienten von 33,4. Er ist im Verhältnis zu 2016 (32,4) minimal gesunken. Damit steht Bangladesch auch hinsichtlich der Erzielung von SDG 10 („reduced inequalities") vor signifikanten Herausforderungen, auch wenn der Gini-Koeffizient keinen außergewöhnlich hohen Wert darstellt.

Die Bildungsausgaben betrugen in den letzten zehn Jahren durchschnittlich 1,9 Prozent am BIP; 2023 lagen sie bei 2,1 Prozent. Parallel dazu beliefen sich die Gesundheitsausgaben auf durchschnittlich 2,7 Prozent (2021: 2,4 Prozent). Dies sind vergleichsweise niedrige Anteile. Zwar sind die Anteile am BIP der Ausgaben für Bildung und Gesundheit größer als der Anteil der Militärausgaben am BIP (2023: 1,0 Prozent), die absoluten Militärausgaben sind jedoch in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen, auf fast 4,5 Milliarden US-Dollar 2023. Damit haben sie sich im Vergleich zu 2010 (2,4 Mrd. US-Dollar) verdoppelt. Der starke Anstieg der absoluten Militärausgaben, der sich wohl auch zukünftig fortsetzen wird, ist insbesondere auf das militärische Modernisierungsprogramm „Forces Goal 2030" zurückzuführen. Seit 2009 zielt dieses insbesondere auf die strukturelle und materielle Modernisierung sowie bessere Vernetzung und Mobilität der Teilstreitkräfte ab. Im Ranking des Globalen Militarisierungsindex (GMI) des BICC liegt Bangladesch 2024 auf Platz 119unter 149 Staaten und weist folglich nur einen schwachen Militarisierungsgrad auf.

Bangladesch steht in der Summe – trotz solidem Wirtschaftswachstum in den letzten Jahren – als LDC vor teils erheblichen sozialen Herausforderungen, beispielsweise und vor allem in der Bekämpfung von Armut im Land. Das Land gehört zur Gruppe der LDC, welche es aber in naher Zukunft verlassen könnte. Zu den HIPC gehört es nicht. Auf Basis von Kriterium 8 des Gemeinsamen Standpunktes, als der Gefahr der Beeinträchtigung der Entwicklung durch unverhältnismäßige militärische Kapazitäten, sind Rüstungsexporte nach Bangladesch ergo als zumindest „möglicherweise kritisch" einzuschätzen, da sie die Entwicklung des Landes negativ beeinflussen könnten. Um die positive Entwicklung des Landes nicht zu gefährden, sollten Rüstungsexporte sehr kritisch geprüft werden.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER
bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1
53121 Bonn, Germany

www.bicc.de

KONTAKT
Head of Advice & Science Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION Marc von Boemcken
LAYOUT bicc
GRAFIK Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM Februar 2025

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte". Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.

Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:
https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

MITGLIED DER JRF Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft